

Kampfbanner

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 RM. Durch die Post monatlich 12 RM. Einzelhefte: Berlin u. Godesburg: 10 Pf.; Halle-Merseburg: 12 Pf.; Jena: 10 Pf.; Magdeburg: 12 Pf.; Leipzig: 10 Pf.; Dresden: 12 Pf.

Der Einzelheftpreis beträgt 100 Pf. für den Wilmersdorfer Hof und Spalte; 500 Pf. für den Kellern, anlässlich der den dringlichsten Zeitbedürfnissen. Einzeln bis nachmittags 9 Uhr erlösen, größere tags vorher. — Postbestellung: Leipzig 1922 Nr. 33, Postfach 1000.

Einzelpreis 50 Pf.

Sonnabend, den 11. Februar 1922

2. Jahrgang, Nr. 36

Ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung

Berlin, 11. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages fand die Besprechung der Regierungserklärung in Verbindung mit der Beratung des kommunalistischen Antrags auf Einstellung des Disziplinarverfahrens auf der Tagesordnung.

Groeners Rechtfertigung

Handschott-General Groener verurteilte mit schlagender Beredsamkeit und freudigem Wohlgefallen als erster Redner seine Rechtfertigung im Generalrat zu führen. Er sprach selbstverständlich begann er seine Rede als geschworener Gegner mit dem Ausdruck aller Sympathie und Dankbarkeit für die technische Raffinesse. Er war aber insofern christlich als der Reichstagsler, als er zugab, daß ein Referentenentwurf zum Arbeitszeitgesetz vorliegt, was Wirth in seiner Rede bestritt.

Mit echter Generalsfreude ist auch er aber die Zurückziehung war „gegenstandslos“, weil eine endgültige Entscheidung noch nicht vorlag. Anständig ist es, daß mit diesem Gesetz ein „Sonnabendgesetz“ für die Eisenbahner geschaffen werden sollte. Für ihn ist es sonach kein Ausnahmefall, wenn die Eisenbahner mit über 30.000 Mark Entkommen bis zu 15 und 19 Stunden arbeiten sollen, während für die höheren Beamten und Geheimräte der Eisenbahnverwaltung der Achtstundentag in Geltung bleibt und selbst bei dieser Arbeitszeit kann zwei bis drei Stunden täglich „arbeiten“. Wenn im Gegensatz hierzu beispielsweise die Postbeamten und Seiger Kundendienstliche Vorbereitungsarbeiten an ihren Maschinen leisten müssen, so ist das nach Groeners Ansicht nur Berufscharakter, der nicht auf den achtstündigen Dienst angerechnet werden kann!

Nach Groeners Ausführungen sollen auch nur die „Streikruher“ von der Disziplinierung getroffen werden. „Solche, die nicht als Urheber zu betrachten sind, sind in einem anderen Gesetz. Dieses „Können“ heißt aber für die Geheimräte jenseit, daß die Eisenbahner zu Hunderten auf der Straße liegen bleiben müssen.

Im übrigen verfuhr er nach bekannter Manier Stimmung zu machen durch Hinweis auf Sabotageakte, Handgranatenschnitzungen usw. Ganz erstickt vor der Eisenbahngewalt darüber, daß eine Landesregierung sich getraut haben, die „Teno“ einzusetzen. Damit ertricht er voll und ganz seinen Zweck, denn die Mehrheit hat damit die Gelegenheit gefunden, sich künstlich zu „entziehen“.

Eingebacht wurde von den Unabhängigen ein Mißtrauensantrag, in dem gesagt wird, die Ausnahmeverordnung habe das Beamtenrecht aufgehoben und den Achtstundentag angeheftet. Die Regierung habe Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt und Maßnahmen vorgenommen.

Die Kommunisten beantragen, die beschlagnahmten Streik- und Gewerkschaftsleiter sofort zurückzugeben, die Verhandlungen aufzuheben und bei der Handhabung dahin zu wirken, daß die Maßregelungen beim Berliner Magistrat rückgängig gemacht werden. (Lachen bei der Mehrheit.)

Hr. Wels (Soz.): Sicherlich ist die technische Raffinesse kein Faktor, der zur Verhütung der Arbeiterkraft beiträgt, aber durch das ungesetzliche Verhalten der Eisenbahner ist der Kampf um ihre Existenz sehr erschwert worden. Den Ausführungen des Reichstagslers stimmen wir voll und ganz zu. Streikrecht ist mit den Beamtenprivilegien unvereinbar. Die Regierung wird zu prüfen haben, welches von beiden Rechten den Beamten gegeben werden soll.

Hr. Rosse (Zentrum): Die Geltung der Reichsgewerkschaft hat durch die Proklamierung des Streiks, der mit Recht als Abschrecken charakterisiert wird, alle gewerkschaftlichen Grundzüge zerstört. Das Streikrecht ist mit dem Charakter des Beamtenrechts nicht vereinbar. Die Geltung der Beamten kein Kampfruf kann mit dem streikenden Eisenbahner nicht vereinbart werden. Wird hingegen den Antrag, der den Streikenden volle Immunität gewährt wird. Dem Dank an die Technische Raffinesse schließen wir uns an, mit dem Bedauern, daß in Hummelshausen Führer der Technischen Raffinesse die Proklamierung verweigert haben. (Lachen bei den Kommunisten.) Wir hoffen doch der Streik die Beamten wieder zum Pflichtbewußtsein zurückzuführen und Vertrauen zwischen Beamtenpflicht und Regierung einbringen werden. (Beifall bei den Soz.)

Hr. Jena (D.): Der Streik der Eisenbahner war wie der Streik der Reichsbahnbeamten ein Verbrechen. Die grundsätzliche Ablehnung des Beamtenprivilegs hat uns freudig überreicht. Leider hat der Streik mit einem Kompromiß geendet, also mit dem Beweise einer Schwäche der Regierung.

Hr. Dr. Scholz (D. Fr.): Die aus dem Mangel an Bedürfnis der Regierung abgeordnete Verhandlung des Streiks kann nur zu weiteren Streiks anregen. Nach den Willen des Reichstages an, mit dem Streik der Reichsbahnbeamten nicht. Wir bedauern, daß die Verwendung des Reichsbahnbeamten in einem Augenblick aufgehoben wurde, wo der Streik noch nicht vollständig beendet war.

Reichstagsler Dr. Wirth: Was ist hinsichtlich der Reform des Disziplinarverfahrens verdrungen habe, habe ich aufrecht. Wollten wir zu einem Frieden kommen, dann müßte ich mich bereitstellen der Streikenden verzeihen wie auch die Beamten der Reichsbahn. Fern liegt uns aber die Pflicht der Verantwortung und der Pflicht an drei-einstimmigen Beamten. Letzliche ist, daß die unteren Beamten mindestens an ein ihnen zugehöriges Streikrecht geknüpft haben. Wir wollen diesen Streik benutzen, um die Beamten über die wahre Rechtslage aufzuklären.

Der Streik ist nicht von Sinnem gefahren, sondern er ist ein Teil, während der ungesetzliche Verhältnisse die uns dieses Recht erfüllt unter dem Druck der Beiden, die unserem Lande auferlegt hat. Die Organisation der Teno muß so ausgestaltet werden, daß Sie (zu den Kommunisten) niemals wieder Gelegenheit bekommen,

Um alle revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften!

Halle, den 11. Februar.

Der beste Maßstab der Stärke jeder Kommunistischen Partei ist der wirkliche Einfluß, den sie auf die Massen der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften ausübt. (Zielen des 3. Weltkongresses der 3. Internationale.)

Die Diktatorität des ADGB, während des Eisenbahnerstreikes hat in den Reihen aller ehrlichen Klassenbewußten Arbeiter eine unerhörte Empörung hervorgerufen.

Die Gewerkschaftsjünger haben in diesem Kampfe jämmerlich versagt. Wo es galt, sich an die Spitze der Arbeiterschaft zu stellen, mit ihr in den vorerwähnten Reihen zu kämpfen für eine gerechte Entlohnung, für den Achtstundentag, gegen den Verfallungsbruch, gegen Preissteigerung Lausender von Eisenbahnern, da schlugen sie die Hände in den Schößen. In das Lager anderer Todfeinde.

Was die Kommunistische Partei allen Arbeitern stets gelang hat, ist wiederum eingetroffen. Die ungesetzliche Verführung der Klassengegnerische wird alle reformistischen Führer in der Stunde der Entscheidung zu Verrätern an den Interessen der Arbeiterschaft machen.

Und was nun?

Erbittert und enttäuscht wollen viele Genossen den Gewerkschaften den Rücken kehren, wollen aus den freien Gewerkschaften austreten, in welchen 8 Millionen Arbeiter heute keine Hilfe gegen die Wut der Unternehmertums suchen. Was würde die Folge sein? Die verärrteten Führer würden sich über ihren Verrat aus den Gewerkschaften freuen, sie könnten dann — ohne eure Kritik zu fürchten — auch jenseits für die Erhaltung des Unternehmertums wirken.

Die hinterlistige Taktik der reformistischen Führer hat auch in den Reihen der rückfälligen Arbeiter und Beamten ungesetzliche revolutionäre gewirkt. Ueberall, wo Arbeiter sind, ist Revolution und Revolution ist, da müssen Kommunisten sein. Mehr denn je gehören die Kommunisten in den wirtschaftlichen Kämpfen an die Seite der Beamten, der unabhängigen und mehrheitsfähigen Arbeitsschreiber. Diese im Klassenkampf zu schulen, sie aufzuklären über

Ihren armen Brüdern das Leben unmöglich zu machen. (Beifall und Anrufe.)

Hr. Dittmann (UEV): Die heutige Rede des Reichstagslers stellt einen vollständigen Gegensatz zu seiner gestrigen Scharfmacherrede dar. Der Stoff der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner besteht in seiner Mehrheit aus Sozialisten und Sozialdemokraten. Wenn diese fröhliche Gewerkschaft plötzlich wird wird, so müssen doch irrtümliche Gründe dafür vorliegen. Das Streikrecht ist den Beamten durch die Verfassung gewährleistet, denn mit dem Koalitionsrecht ist das Streikrecht untrennbar verbunden. Die Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder war ein willkürlicher Gewaltakt. Die Geltung der Sperrung der freien Gewerkschaften dem Streik gegenüber ist bedauerlich. An der Streikleitung vom Januar 1918 hat der jetzige Reichspräsident Ebert. (Hört, hört!) Er hat das Streikrecht des Generals von Kellern damals als einen Willkür bezeichnet. General Groener hat die Eisenbahn heruntergewirtschaftet und den Streik verschuldet. Der Reichstagsler sollte erkennen, daß die Zeit der Generale vorüber ist und daß die Zeit für das Parlament ist. (Streichsleiter Dietrich rief diesen Ausdruck.) Groener sollte sofortigen verschwinden. Ein Handschott, wer einen Eisenbahner mahrt? Das sage ich besonders Ihnen, Herr General Groener. (Großer Lärm und gegenläufige Zurufe unter den Parteien rechts und links.) Der Kampf dauert an, als Vizepräsident Dietrich die Abgeordneten der Linken vorerblich auffordert, die Klüge einzunehmen.

Einseitig unterdrückt der Vizepräsident die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung auf Sonnabend 1 Uhr nachmittags an. (Schallendes Gelächter bei den Linksparteien.)

Schlusssatz 7. Uhr.

Massenmaßregelungen der städtischen Arbeiter!

Schwerer Zusammenstoß zwischen Schutzpolizei u. Arbeitern

Berlin, 10. Februar.

Die Berliner Straßenbahner haben bis jetzt die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Die Belegschaft des Gaswerkes Tegeler verhielt ebenfalls im Streik.

Trotz seiner offiziellen Erklärung, daß er keine Massenmaßregelungen vorsehen wolle, hat der Magistrat die Direktoren der einzelnen Werke noch keineswegs zur Zurücknahme ihrer provisorischen Maßnahmen veranlaßt.

Den Straßenbahner, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden, werden Reserve zur Unterfrist vorgelegt. Sie sollen einwilligen, daß sie einen Stundenlohn von 8,45 Mark bekommen, der Urlaub wird abgebaut, das Mitbestimmungsrecht aufgehoben, außerdem wird immer

die arbeitserfindliche Politik ihrer Führer, um dadurch alle Hindernisse der Revolution beseitigen zu können, das ist eure Aufgabe.

Genossen! Wir appellieren an eure Disziplin. Der 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale sowie auch unser Parteitag in Jena haben allen Kommunisten zur Pflicht gemacht, durch intensive Kleinarbeit in den Gewerkschaften den kommunistischen Einfluß auszubauen.

Genossin, so ist keine leichte Aufgabe, es gilt feindlichen Boden zu bebauen. Den ganzen Haß der Gewerkschaftsautoritäten werdet ihr auf euch nehmen müssen. Aber nichts darf uns abhalten von dem einmal gestellten Ziele, die Köpfe und Herzen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen. Und es geht vorwärts. Besonders die letzten Monate brachten unserer Arbeit große Erfolge. Immer größer wird das Vertrauen der Arbeiter für den kommunistischen Gewerkschaftler. Seht nach Halle! Trotz juchender Opfer durch die Märzstreik haben unsere Genossen glänzende Erfolge in der Gewerkschaftsarbeit erzielt. Die Verbände der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Banenarbeiter, Zimmerer haben kommunistische Delegationsgruppen. Die Mehrheit des Gewerkschaftsrates in Halle besteht aus unseren Genossen.

Und jetzt, wo wir nahe daran sind, die Früchte unserer schweren Arbeit zu ernten, wollt ihr verzagen und müdet den Kampf aufgeben? Genossen! Niemals dürft ihr euch hierzu hinsetzen lassen. Das wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die Revolution.

Der Eisenbahnerstreik ist nicht beendet, er ist nur abgebrochen. Die brutalen Maßnahmen der Regierung, besonders die Maßregelung Lausender von Eisenbahnbeamten wird die Eisenbahner zwingen, den Kampf über kurz oder lang von neuem aufzunehmen. Genossen, da gilt es die Zeit zu nützen, um alle Vorbedingungen zu schaffen, um aus dem nächsten Kampfe als Sieger hervorzugehen. Die Beschlagen von heute werden die Sieger von morgen sein. Es lebe der Kampf! Es lebe die Revolutionierung der Gewerkschaften!

APD-Bezirksleitung Halle-Merseburg.

noch erklärt, daß 25 Prozent der Belegschaft nicht wieder eingestellt werden.

Schon ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Schupo und Arbeitern gekommen, die mit den Gemäßigten impassieren.

Im Straßenbahnhof Weitzene wurden von der tausend Köpfe starken Belegschaft heute früh nur etwa sechzig Mann eingestellt. Als diese ausfahren wollten, wurden sie von der Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Kollegen schwer schädigen, wenn sie unter diesen Umständen die Arbeit wieder aufnehmen. Auf dem Antoniapark entstand eine Anjammung, die von einer Abteilung Schupo, die auf Lausender erschienen war, mit Kolbenschlägen auseinandergetrieben wurde. Der Kommandeur hatte gedroht, von der Schupo wegzufahren. (Lachen.)

Daß die Berliner Arbeiterschaft so entschieden für die Gemäßigten Partei nahm, muß dem „sozialistischen“ Magistrat und der Berliner Stadtordnungsversammlung, die heute über die Zurücknahme der Maßregelungen entscheiden soll, zeigen, daß mit Proportionalen und Gemäßigten Maßnahmen die städtische Arbeiterschaft nicht niedergeschlagen werden kann. Die Arbeiterschaft Berlins ist entschlossen, keine Maßregelungen, keine Verhinderung der Arbeitsverhältnisse ihrer Klassengenossen zuzulassen!

Die Arbeiterschaft Berlins ist stark genug und willens, den Magistrat mit seinen Scharfmachermethoden in die Schranken zu weisen.

Die SPD. Hand in Hand mit den Scharfmachern

Berlin, 11. Februar. (Eigene Dramatisierung.) Die Berliner Stadtordnungsversammlung hielt gestern eine kürzliche Jubiläumssitzung ab, die sich mit der Frage der Maßregelungen der Staats- und Gemeindearbeiter beschäftigte. Die Rechtssozialisten gingen mit der Bürgerlichen Hand in Hand. Es wurden Resolutionen angenommen, die die Arbeiter in die Schranken halten für Tausende von Straßenbahner eingesperrt.

In einem gewissen Widerspruch zu dieser Meldung berichtet heute morgen UEB:

„Am Morgen der gestrigen Berliner Stadtordnungs-Versammlung, die sich mit dem Gemeindearbeiterstreik beschäftigte, wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, daß gegen die Streikenden keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen.“

So steht hier wieder ein Mandat vorzuliegen, um durch die Presse die Schärferen der Mehrheit des Berliner Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zu verfeinern. Alle Wiedererstellungen nach dem Streik sollen laut Presse-meldungen der letzten Tage als Reue in Erfüllung zu erfolgen. Da diese nur nach Bedarf erfolgen, so müssen Hunderte von Streikenden auf der Straße liegen bleiben. Um diesen reinen Verzicht der SPD., die den Streik gewagt hat, zu verurteilen, deshalb schwindet offenbar das offizielle WTB.

Die Majestätigungen von Eisenbahnern
Wie der „A. M.“ aus Frankfurt berichtet, hat das Reichsamt für Eisenbahnen einen Entwurf eines Eisenbahnergesetzes vom 1. März 1921 134 Seiten und 6 Anlagen das Dienstverhältnis festzulegen, 5 Hilfsstellen aber löslich zu lassen. Gegen 23 Zusätze wurde das förmliche Disziplinarverfahren abgelehnt.

Verhaftung wegen Flugblattverteilers
Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Geiern nachmittags werden ebenfalls zwei Genossen in Berlin verhaftet, weil sie Flugblätter der SPD. verteilten. 20000 Flugblätter wurden ungeschießerliche Beschlagnahme.

Sozialdemokratische Aneuerung für das „Teno“-Streikbrechergefeind

Die Technische Notliste hat sich im letzten Eisenbahnerstreik in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit im Kampf gegen das Lebensinteresse der Arbeiterklasse gezeigt. Allgemein ist die Erbitterung unter den Arbeitern über die Völlereihaftigkeit dieser kapitalistischen Streikbrechergefeinde. Ein solcher Arbeiter kann nur Bewachung für seine Arbeit haben, bis der Kampf den Streikenden in den Händen fallen. Selbst die Samen erkennen in dem unheimlichen Maße des nichtwichtigen Treiben jenes „Teno“-Parks und verlassen in Scharen diese Organisationen, soweit sie ihnen angehören. Nur die Reichssozialisten als getreue Hüter des Geldbalds haben im Verein mit dem germanischen Bürgerum Anerkennung für die „Lebensretter“ des ausbreitenden Kapitalismus übrig. In der sozialistischen Zeitkritik „Der Kampf“ stimmt der „Vorwärts“-Redakteur Edwin Barth folgenden Lobespaß an: „Lebensretter geht vor Streikbrecher. Der Streik wird wieder zu Ende sein, wenn er nicht auf die Sicherheit der Lebensführung der Allgemeinheit durchgeht. Was das Volk hat, ein Anrecht auf das Leben seiner besseren Lebensinteressen gegenüber der Mißbrauch des Streikbrechers durch einzelne Gruppen der Arbeiter. Für die Anerkennung der Streikbrecherorganisation“ steht kein „Teno“, denn bisher hat die Technische Notliste getreten. Ihr Programm nur lebenswichtige Produktionsarbeit geleistet. Der Vorstand des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes hat mit Recht festgestellt, die Technische Notliste ist überflüssig zu erklären und die von dieser geleisteten Leistungen durch die streikenden Arbeiter selbst leisten zu lassen. Das ist aber bisher nicht gelang. Zerkümmerte Arbeiter können immer wieder solche Arbeiter ab-

Wenn die sozialdemokratische Arbeiterpartei glaubt, daß in der „Teno“ ein für die Gewerkschaftsbewegung gefährlicher Geist herrscht, so gibt es für sie nur eine Parole: hinein in Waffen in die Technische Notliste, die Löhne haben heranzugeworfen, indem sie die Allgemeinheit in Gefahr gebracht wird. Bisher hat die Technische Notliste nur Segen gekostet. Ihre Tätigkeit hätte sich vollkommen im Rahmen des verantwortungsvollen Geistes der allgemeinen organisierten Arbeiter. Die Arbeiter an sich selbst werden durch ihre Tätigkeit der geschwundenen deutschen Volkswirtschaft getrieben. Und die erhaltenen Gesundheitsvorsorge lassen sich überhaupt nicht affirmativ ausdrücken. Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, das dem gewöhnlich berechtigten Einzelinteresse die Interessen der Allgemeinheit immer vorzuziehen. Diese letzten Sozialdemokraten aber laßen sich jetzt wieder bei den Eisenbahnern und Kammer, deren Kampf sie hinterhältig zum Zusammenbrechen herbeiführen, anzubringen. Hoffentlich ergötzen sie den verdienten Züchtung.

Bravo Schupo!

Schupopolizisten auf Seite der Streikenden vertreten die Teno
Uns wird gemeldet: Jena, 11. Februar. Das „Vollheft“ berichtet, daß die Schupo-Inspektoren die nach Saalfeld transportiert worden waren, um die Sicherheit der Eisenbahnanlagen zu überwachen, nicht ihrer Aufgabe nachkamen. Mitglieder der Teno, Studenten und Techniker hatten die Weiterführung eines Streikbrecher übernommen. Um Zeit anzuwenden, schienen sich die Polizeikommission auf die Seite der streikenden Eisenbahner und verteidigten die Kapitalisten vor dem Volk, die sogar die Kommissare ihres Zuges geführten. Erst als der USP.-Minister Hermann aus Weimar auf dem Plan erschien und mit der sofortigen Einziehung der Reichswehr drohte, konnte die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Auch aus anderen Orten Thüringens, namentlich aus Schwarzburg, sind ähnliche Vorfälle berichtet.

Neuer Steuerfuhhandel

Die große Realitäten aufgelassen?
Berlin, 11. Februar. Die gelassen interaktionellen Verhandlungen, an denen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Christlichen teilnahmen und die sich mit dem Steuerparagrafen befassen, haben, wie die Zentrums-Presse-mitteilungen mitteilen, eine grundsätzliche Vereinbarung in allen Fragen noch nicht ergeben. Man sei aber dahin übereingekommen, daß die Steuerreform, soweit sie mit ihren Mitteln noch nicht fertig sind, die bisher unterbreitete Beratung der Steuerparagrafen wieder aufnehmen sollen. Auch die Frage der Realisationssteuer, die von der Regierung hergeleitet worden ist, wird darin eine Entscheidung noch nicht gefasst. Der U. V. will sogar wissen, daß die große Realitäten im Augenblick nicht mehr in Betracht komme.

Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes in Genua

Amsterdam, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, am gleichen Tage, wie die Konferenz von Genua stattfinden, eine Konferenz der Gewerkschaftsinternationale einzuberufen mit der Tagesordnung: 1. Arbeiterbewegung und Wirtschaftskrisis, 2. Europa als ökonomische Wiederaufbau, 3. Antimilitarismus und Antierfaltung.

Es ist nun fraglich, ob die Herren des Gewerkschaftsbund auch wirklich die Stimme der Arbeiterklasse hören lassen werden. Die Idee, die jene Herren im Internationalen Arbeitsamt spielen, wo der kapitalistische Vorkämpfer als Geldgeber auftritt, ist mehr als zweifelhaft.

Die Ermordung der Genossen Langer und Graf

Verhandlung vor dem Duisburger Schwurgericht
In den Wirtshausen des Jahres 1920, die Tage nach dem Appell, als die Arbeiterpartei im Vertrauen auf die Verträge von Weisloch für den Übergang und die meisten Teile die Stunde für gekommen erachtete, um ihre Karte zu führen unter gewaltigen Mißbilligungen. Töb und Töblich gehen leben, der nur verächtlich lächeln, an den Mißbilligungen teilgenommen zu haben.

In diese Zeit des Wütens des Weissen Schwertes führte uns die geführte Verhandlung vor dem Duisburger Schwurgericht zurück. Die Verhandlung des Falles geht nach in ein Erleben von dem Heulen der verzerrten Selbsttate in jenen Tagen an. Ungeheuerlich sind die Schandtat, die an revolutionären Arbeitern verübt wurden und die heute ihre Güter nicht gefunden haben.

Erzählt: Am die Nachtmeister der Sippe Wilhelm Kuhn und Wilhelm Mehl wegen gemeinschaftlicher Mißbilligung von Gewerkschaften und Reich nach wegen Ermordung der beiden Arbeiter Paul Langer und Paul Graf aus Duisburg. Wegen der ersten Angeklagten wurde im Laufe der geführten Verhandlung das Verfahren bereits eingestellt, während gegen Mehl die Verhandlung am heutigen zweiten Verhandlungstag weitergeführt wird.

Man kann aber jetzt schon sagen, man wird auch dem letzten nicht allzu weit tun, aller Mißbilligung nach ihm sogar freisprechen. Das ganze geschäftliche Geschäftswesen kann und nicht darüber hinwegsehen, daß wir hier wieder eine altbekannte Komödie mitterleben. Die Hauptfiguren, der Herr Hauptmann Kuhn, sowie der Nachtmeister Friedrich befinden sich in Sicherstellung und sind „unaussprechlich“ und der Angeklagte Mehl hat nur der Verantwortung als Nebenkläger, die nicht mehr mal möglich, und wie gesagt, es wird nicht viel bei der ganzen Sache herauskommen.

Was hat auch, es hat doch nur zwei Arbeiter, dazu noch Kommunisten, nebenbei allerdings auch Familienmitglieder mit mehreren Kindern, die man bei Nacht und Nebel aus ihren Wohnungen heilt und an ihre hinteren Stellen niederlegt. Wenn sich auch nur unwahrscheinlich waren und sich in jeder Weise an den kämpfenden beteiligt hatten, es genügt lediglich, daß es Kommunisten waren, um jedem eienem Mordmord die Berechtigung zu geben, auf eigene Faust den Grandtäter zu spielen.

Als charakteristisch für das ganze Verfahren muß folgendes noch festgehalten werden. Die Angelegenheit lautet bereits 2 Jahre. Die Verhandlung ist eine Zeit bereits unterbrochen, die aber wieder vertagt wurde. Die Aussagen der Angeklagten denen sich jedoch heute nicht mit denen in der ersten Verhandlung. Heute nicht die ganze Schuld auf den „unaussprechlichen“ Herrn Hauptmann Kuhn zu schieben und die Verantwortung verweigern für die Mordtat. Den angeblichen Nebenkläger, der sich nicht mehr mal möglich, und wie gesagt, es wird nicht viel bei der ganzen Sache herauskommen.

Als charakteristisch für das ganze Verfahren muß folgendes noch festgehalten werden. Die Angelegenheit lautet bereits 2 Jahre. Die Verhandlung ist eine Zeit bereits unterbrochen, die aber wieder vertagt wurde. Die Aussagen der Angeklagten denen sich jedoch heute nicht mit denen in der ersten Verhandlung. Heute nicht die ganze Schuld auf den „unaussprechlichen“ Herrn Hauptmann Kuhn zu schieben und die Verantwortung verweigern für die Mordtat. Den angeblichen Nebenkläger, der sich nicht mehr mal möglich, und wie gesagt, es wird nicht viel bei der ganzen Sache herauskommen.

Der Fall Derter

Der Kampf gegen Bestrafung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt ehemalige braunschweigische Ministerpräsident Capp Derter ist aus neue schwer kompromittiert worden. Er hat als Ministerpräsident folgendes Schreiben einem braunschweigischen Großindustriellen überreicht:

„Derter Herr Kammell! Sie werden sich nicht der Überzeugung versichern, daß ich mich bereit erkläre, mich in jeder Weise und im Interesse Ihres Betriebes tätig zu sein. Es ist mir nun ein Bedürfnis, die Angelegenheiten, welche mich mit Ihnen verbinden, zu dauernden für Gegenwart und Zukunft zu machen. Ich schlage Ihnen deshalb ein vertragliches Verhältnis vor, durch welches ich mich verpflichte, jederzeit mit Mai und Juli Ihnen zur Seite zu stehen, und falls eine Abklärung von meinen gegenwärtigen Vorklagen erfolgen sollte - dauernd in Ihre Dienste zu treten. Diese Verpflichtung würde als Unternehmungen betreffen, an denen Sie beteiligt sind.“

Als Gegenleistung Jureitschlagte ich vor:

1. Solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten bin (braunschweigischer Ministerpräsident), führen Sie mir aus dem bühnenmäßigen Reingewinn Ihrer Unternehmungen 3 Prozent zu.
2. Wenn ich dauernd in Ihre Dienste trete, 10 Prozent des Reingewinns.
3. Die Abrechnungen darüber erfolgen am Jahresabschluss; doch kann ich Verträge auf die Abrechnungen erheben, und zwar für die Zeit unter 1. in Höhe von 3000 Mark und unter 2. von 10.000 Mark.

Der Vertrag wurde laufen vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1921. Er kann jedoch von beiden Seiten zum Schluss eines jeden Jahres ein Vierteljahr im voraus gekündigt werden.

Diese finanzielle Regelung ist für mich erforderlich. Sie werden begreifen, daß ich jetzt schon Ausgaben da und dort habe, die leiserseitige Jahre nach Külle bezüglich des Bodenwertes für den Reich. Es kam mir mit den Ausgaben für den Haushalt auf etwa 700 Mark, da ich einen eigenen Wagen benutzen mußte. Ich hoffe, daß Sie mit meinen Verträgen einverstanden sind. Ihrer recht baldigen Antwort sehe ich entgegen.“

Die unabhängigen Junge, Grosmold und Vogtberg haben das Original dieses Briefes geprüft und seine Echtheit bestätigt. Damit dürfte wohl Herr Derter endgültig erledigt sein und es bleibt nur zu bedauern, daß dieser Schandtat an der Arbeiterbewegung von seinen Parteifreunden nicht schon früher festgestellt worden ist. Wenn allerdings die SPD. sich verhält, den Fall Derter zum Vorwand zu nehmen, um in braunschweigische eine sozialistische Regierung zu verhindern, so muß dem entgegengetreten werden. Die USP. kann als Partei nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sich einer ihrer Führer als moralisch verkommenen minderwertigen Mensch entpuppt. Namentlich ist allerdings auch, daß die braunschweigische USP. Herr Derter sofort der Strafe für die Tötung und ihn zwingt, ein Landtagsmandat niederzulegen.

Der Streik der Lübecker Hofhosenarbeiter

II. Lübeck, 10. Februar. Die streikenden Hofhosenarbeiter beschließen, wegen der Entlassung von drei weiteren Arbeitern auch die Hofhosenarbeiten einzustellen. Dadurch ist die Gasversorgung Lübecks aus äußerster Gefahr. Der Metallarbeiterverband hat sich gegen den wilden Streik der Hofhosenarbeiter ausgesprochen.

Wegen Aufreizung zum Rassenhah

Eilen, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Hier beginnt heute vor der 4. Strafkammer der Prozess gegen den Genossen Euphte wegen Aufreizung zum Rassenhah, begangen durch eine Rede am 7. November.

Reichsführer Rauten ist zum Ehrenmitglied des Moskauer Komitees gewählt worden.

Die Arbeiterbewegung in Luxemburg

Seit der Märzbewegung befinden sich die proletarischen Organisationen in Luxemburg in einem unaufhörlichen Rückgang. Die Märzkämpfe wurden damals geföhrt gegen Betriebsbeschränkung und Arbeiterentlassungen. Geleitet wurden diese Kämpfe von den Gewerkschaften. Die Bourgeoisie wendete Gewalt an. Da das Luxemburger Militär nicht zuverlässig schien und nicht ausreichte, half das französische Militär der Luxemburgischen Bourgeoisie die Arbeiterpartei zu unterdrücken. Es behauptete die Betriebe und Hüften, so daß es hier und da zum Handgemein zwischen Arbeitern und Soldaten kam. Die Arbeiterpartei mußte diesen Kampf verlieren, nicht zuletzt deshalb, weil der Kampf nur mit gewerkschaftlichen Mitteln geführt wurde.

Die Gewerkschaften hatten ihren Aufschwung unter der Parole der politischen Neutralität erreicht. Und weil in den Märztagen gegen die politischen Gemeindeglieder der herrschenden Klasse die politische neutrale Gewerkschaftsbewegung nicht ausreichte, machte sich in den Gewerkschaften diese große Enttäuschung bemerkbar. Außerdem wurde von der Bureaufratie der Gewerkschaften noch nach der Märzüberlage unter dem Stichwort „Parteilosigkeit Neutralität“ ein Kampf gegen die Kommunisten geführt. Da sich eine Reihe Genossen, deren Namen in der Luxemburger Arbeiterpartei Klang haben, unter den von der Gewerkschaftsbureaufratie Aufgeschobenen befanden, ging der revolutionäre Teil der Arbeiterpartei mit ihnen aus den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsbewegung in Luxemburg ist ebenso wie die politische Bewegung sehr jung. Nur kleine Organisationen, wie die Gewerkschaft der Typographen sind älter als 10 Jahre. Erst unter dem Druck des Krieges, 1916, kam die größte Gewerkschaft Luxemburgs zustande. Der Metall- und Bergarbeiterverband ließ sich eine Organisation, die im März 1921 rund 18.000 Mitglieder zählte. Die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen zusammen zählten im März 25.000 Mitglieder. „Der Proletariat“, das Organ der Gewerkschaften, das an die Mitglieder unentgeltlich verteilt wurde, hatte bis im März eine Auflage von 27.000. Heute ist das Bild der Gewerkschaftsorganisationen gleich einem Trümmerhaufen. „Der Proletariat“ wird nur noch in 8000 Auflagen gedruckt. Die Industriegruppe Eick der Gewerkschaften, die noch bis in den Juli hinein 5000 Mitglieder zählte, hat heute noch 400.

Gewiß ist der Rückgang mit darauf zurückzuführen, daß bis zum März in Luxemburg beschäftigt italienischen, deutschen und französischen Arbeiter gemagregelt wurden und ausgewandert sind. Aber trotzdem sind noch Tausende von Luxemburgischen Arbeitern, die heute in den Hüften und Bergwerken Luxemburgs tätig sind, fern von jeder Organisation. Der Genosse Bismarck, der Führer der Bergarbeiter und zweite Vorsitzende des Metall- und Bergarbeiterverbandes, der im Mai 1921 zur SPD. übertrat, ist schon auf dem Gewerkschafts-Kongress vom 16. bis 17. Juli zusammen mit dem Genossen Spoor aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Der Vorsitzende der Industriegruppe Eick, unser Genosse Schill, wurde unter dem Vorwand, daß er als Kommunist die parteipolitische Neutralität nicht wahrte, von der Bureaufratie seines Postens entbunden und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Die Gewerkschaftsbureaufratie verbindet, daß die Mitglieder der Ortsgruppe Eick dazu Stellung nehmen konnten und so zeigen die vor, der Organisation den Rücken zu kehren. Wie die Bureaufratie die parteipolitische Neutralität aufrecht, geht daraus hervor, daß der Sekretär der Luxemburger Gewerkschaften, der sozialistische Demokratische Peter Krier ist. Parteipolitisch neutral sein, heißt also, feiner werden als der Sozialdemokratischen Partei anzugehören.

Unere Genossen wirken trotzdem für die Gewerkschaften. Selbst die Ausgeschlossenen suchen in Betriebsvereinigungen die Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften zu bewegen. Da auch einige Gewerkschaftsführer bereits einsehen, daß die Taktik, alle Kommunisten hinauszuwerfen, zum Ruin ihrer Organisationen geführt hat, versuchen sie mit Hilfe unerer Genossen, die Gewerkschaftsbewegung wieder aufzurichten.

Einen gleich katastrophalen Zusammenbruch hat die Sozialdemokratische Partei Luxemburgs zu verzeichnen. Zählte sie im März noch 3500 Mitglieder im Lande, so ist im offiziellen Bericht auf dem Parteitag der SPD. am 29. Januar 1922 im Eick die gesamte Mitgliederzahl auf 950 angegeben worden. Der Grund dafür scheint vor allem die politische unentschiedene Haltung der SPD. zu sein. Sie hat Angst vor der Disziplin der 3. Internationale. Sie will aber auch nicht mit den Opportunisten der 2. Internationale in einen Topf gemorren sein. Sie gehört also keiner Internationale an und sympathisiert nur mit der 2½-Internationalen.

Auch gegenüber der Landespolitik ist sie unentschieden. Gegen das das ganze öffentliche Leben Luxemburgs bedrohliche Wirtschaftskrisis und Belgien hat die SPD. geschrieben und im Parlament heftig gekämpft. Bei der entscheidenden Abstimmung jedoch hat sie sich der Stimme enthalten. Die Organisation und die Fraktion der SPD. gestürzt. Eines ihrer Mitglieder, Schacht, der Redakteur des im 19. Jahrgang denkerischen Blatt, steht heute in einer Front mit den Alexikalern. Auch andere Mitglieder der Fraktion in der Kammer gehören der Partei nicht mehr an, reden aber noch als Sozialisten. Als in Eick dem Hauptort des Industriegebietes, Paul Faure und Crum bach redeten, waren außer den Deputierten der Partei, aus dem ganzen Lande nur zehn Arbeiter aus Eick erschienen. Daraus geht hervor, daß die SPD. keinen Einfluß und keinerlei Zugkraft in der Luxemburger Bevölkerung mehr hat.

Natürlich ist auch die kommunistische Bewegung rückwärts gegangen. Im Januar 1921 hielten sich 18 Delegierte der SPD. ab und auf ihrem ersten Parteitag im Mai 1921 mehrerlei bei 180 Mitgliedern im Lande. Organisatorische Unfertigkeit und der Rückgang der gesamten Arbeiterbewegung haben dann verhindert, daß die Arbeiter die Zukunft zur SPD. genommen hatten, auch in der kommunikativen Partei fehlgeschlagen worden sind. Die Situation im Lande, der Rückgang des Reallohnens, die wirtschaftlichen Kämpfe und die durch sie machende Einflüsse des Luxemburgischen Proletariats erheischen geradezu die organisatorische und agitatorische Arbeit der kommunistischen Partei. Wenn jetzt unsere Partei alle in ihr schlummernden Kräfte entwickelt, dann wird auch im kleinen Luxemburg eine gefestigte kommunistische Partei entstehen, die die Führung des Proletariats in den bevorstehenden Kämpfen übernehmen kann.

Die Unternehmerröschke in Frankreich

Von Paul Louis (Paris)

In Frankreich wird die Unternehmerröschke mit aller Kraft fortgesetzt. Der Kampf dreht sich um den Lohnabbau und gleichzeitig um die Arbeitseinstellung.

Es ist möglich wurde der Lohn der Bergarbeiter des Nordens und des Pas de Calais, des bedeutendsten Kohlengebietes Frankreichs, bedeutend gesenkt. Der Schichtlohn soll in zwei Etappen um 3,50 Fr. abgebaut werden. Nach haben die Grubengemeinschaften auf weitestgehende Maßnahmen verzichtet, die sie zuerst beantragt hatten und die eine Verminderung des Schichtlohnes um 6 Francs vorsah, aber niemand kann sagen, ob nicht in einigen Wochen diese Absicht durchgeführt werden wird.

Es ist überflüssig, hier an den großen Textilarbeiterstreik im Bezirk Roubaix-Lens zu erinnern. Trotz des langen und tapferen Widerstandes der Arbeiter gelang es den Unternehmern, die Ökonomie herbeizuführen. Genau so ist es in allen Teilen und in allen Teilen Frankreichs. Unter dem Vorwand des Sinkens der Aktien für den Lebensunterhalt — die Statistiken beweisen, daß dieses Sinken ein eingebildetes ist — wollten die Unternehmer in Wirklichkeit die ganze Last der Wirtschaftskrise auf das Proletariat abwälzen. Das Proletariat, man muß das eingesehen, hat entgegen der mangelhaften Organisation oder aus anderen Gründen nicht weiteres tun können, als sich in guter Ordnung zurückzuziehen.

Heute steht die Frage des Achtstundentages auf der Tagesordnung, und der Kampf, der darum geführt wird, ist in Frankreich genau derselbe wie in allen Ländern. Nach dem Ausrufestand wurde der Achtstundentag, über den man so viel gesprochen hatte und den die Arbeiterklasse seit den schmerzlichen Jahren des vorigen Jahrzehntes gefordert hatte, vor dem Parlament ohne weiteres angenommen. Das Gesetz mit einer Ausnahme ohne weiteres angenommen wurde. Welcher Gegenstand mußte dem Parlament nochmals, der Bespottung der Anhänger des Achtstundentages und der Begeisterung, in die auch die wilden Reaktionen auf einmal für den Achtstundentag ausbrachen.

In Wirklichkeit wurde die Entscheidung der bestehenden Klasse damals durch die besonderen Verhältnisse bestimmt.

1. Sie lag eine Revolution herannahe, und sie glaubte, daß sie unmittelbar bevorstehe. Die Ereignisse, die die russische Revolution in Zentraluropa, in Deutschland, in Ungarn, in Österreich hervorgerufen hatte, rief in Frankreich, England und Italien die schismatischen Bestürzungen hervor. Überall begünstigte das Proletariat seinen Kampf und seine Kämpfe gegen die kapitalistischen Einrichtungen. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften wuchsen mit ungeheurer Schnelligkeit, während gleichzeitig die altmodernen Elemente innerhalb der Arbeiterklasse das Ubergewicht erhielten über die Reformisten.

2. Die Schindlerkonjunktur, die vor allem auf der Inflation beruhte, brachte den Kapitalisten ungeheure Profite, und diese konnten dem Proletariat Konzeptionen machen, ohne sich selbst zu belasten.

3. Die herrschende Klasse hielt es für zweckmäßig und politisch, so schnell als möglich die demobilisierten Soldaten in die Arbeitsebene einzubringen. Man sieht es für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung für gefährlich, Hunderttausende von entlassenen Soldaten ohne Arbeit zu lassen und gleichzeitig Hunderttausende von Frauen, die während des Krieges in der Industrie beschäftigt worden waren, aufs Pflaster zu werfen. Die Einführung des Achtstundentages machte Platz für große Arbeitermassen.

4. Uebrigens war nach Ansicht der Unternehmer das Gesetz über den Achtstundentag nur ein vorbereitendes, und sie glaubten, daß man es ebenso beiseite schieben wie alle anderen Arbeitsgesetze, in die man die Verträge geschlagen hatte, wie z. B. in das Gesetz über die halbmonatliche Ruhe.

Siehe ich nach der Meinung des französischen Unternehmertums die Zeit gekommen, das Gesetz über den Achtstundentag zu beiseite schieben, nachdem man überall da, wo es möglich war, herübergehört hat, nachdem man vielfach eine Ständige, 9½stündige und noch ausgedehntere Arbeitszeit wieder eingeführt hat. Das Unternehmertum verlangt ein Eingreifen des Staates, um den Widerstand der Arbeiterklasse in seinem Umfang zu brechen.

Seit zwei Monaten führen sich im Parlament die Eingaben. Die Handelskammern als Vertreter des Großkapitalismus arbeiten im großen Stille. Die Handelskammer von Lyon, eine der reichlichsten des Landes, verlangt kurz und bündig, daß das Gesetz auf die Dauer von 5 Jahren außer Wirksamkeit gesetzt werden soll. Nachher wird man sich weiter leben. Man weiß auf den Untertun, mit dem England und die Vereinigten Staaten das Inkrafttreten der Vorschriften über den Achtstundentag aufgenommen haben. Man verzicht aber, daß in diesen Ländern der Achtstundentag schon vor 1919 in einer Reihe von Verträgen durchgeführt war, wenn es auch wahr ist, daß dort wie auch anderswo die Unternehmerröschke sich ausbreitet. Ferner weiß man auf die Unternehmerröschke hin, in Frankreich von 1914 bis 1918 gehört hat, aber die Bemittelten sind von Grund aus falsch, da die Arbeiter zum Neuen und Fernhalten als erste Wirkung ein Anwohnen der Arbeitseinstellung auslösen würde, und indem dadurch die Kaufkraft der Arbeiterklasse noch mehr eingeschränkt wird, die Krise vertieft müßte.

Die Auffassung des bloec national ist die, daß die Regierung durch ein Dekret auf Grund des Gesetzes von 1919 selbst den Achtstundentag abschaffen kann. Das wäre ein Gipfelpunkt der Unternehmerröschke; aber die ganze kapitalistische Presse, "Le Temps", "Débat", "Aurore", führen einen Kampf in diesem Sinne.

Wir werden sehen, ob die Arbeiterklasse, die in ihren unmittelbaren Interessen bedroht wird, sich die Unternehmerröschke gefallen lassen wird, ohne den Kampf gegen sie aufzunehmen. Wie leicht müßten sich diejenigen, die auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterklasse rechnen. Auf jeden Fall wird die kommunistische Partei voll und ganz ihre Schuldigkeit tun, indem sie im Laufe der nächsten Wochen eine große Agitation entfalten wird.

Ausland

Teilweise Abschaffung des Achtstundentages in Frankreich
Paris, 10. Februar. Der Arbeitsausschuß der französischen Kammer hat eine völlige Umgestaltung des Gesetzes über den Achtstundentag beschlossen. Es wurde bereits ein Plan ausgearbeitet, wonach die Arbeitseinstellung für jede Industrie unter Berücksichtigung ihrer Eigenart festgelegt werden soll.

Der irische Eisenarbeiterstreik bezieht sich auf London, 10. Februar. Als Ergebnis der Unterhandlungen zwischen der irischen Gewerkschaft und der Arbeitgeberseite wurde der irische Eisenarbeiterstreik gestern abend beendet.

Die Grippe in Wien. Nach Meldung des A. T. aus Wien werden dort alle höheren und Mittelschulen geschlossen werden, um eine Ausbreitung der Grippe zu verhindern.

Drei Kinder erstickt. Der L. A. meldet aus Königsberg: In Stillschloß (Ostpreußen) sind drei Kinder, die sich allein in einem verlassenen Zimmer befanden, infolge eines Ofenbrandes erstickt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Unternehmer sind solidarisch

Der Mannheimer "Leibniz" ist folgendes Dokument an den Tisch gefesselt:

Stuttgart, den 21. Januar 1922.

Mannheim!

An die Firmen und an die Verbändegruppen!

Streik und Ausweisungen in Mühlentberg und Baden. Die Unternehmer der unteren württembergischen Gruppen haben unerwartete Forderungen erhoben; Verhandlungen zwischen den Organisationen finden zurzeit statt. Da immerhin die Möglichkeit eines Streikes oder einer Abwanderung der Arbeiterschaft zu rechnen ist, so bitten wir schon jetzt, die Einstellung sicher in der württ. Holzgewerkschaft beschließen gewesener Arbeiter zu unterstellen.

Die Arbeitnehmer der Schwarzwalder Holzindustrie befinden sich im Streik, weil die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, die gestellten Forderungen zu erfüllen.

Am gestrigen Tage sind die Arbeiter der gelamten Müll- und holländischen Holzindustrie und des Holzgewerbes angegriffen worden, veranlaßt durch Teilstreik und unerfüllbare Forderungen der Holzarbeiter.

Wir erlauben unsere Verbände bitten, keinen Arbeitnehmer aus den vorgenannten Industrien als Helfer oder dgl. einzustellen und bei der Anstellung neuer Arbeiter sorgfältige Kontrolle der Papiere vorzunehmen.

Die Solidarität muß gewahrt werden.

Gesamtschlichtungsamt!

Verband der Zentralheilungsinindustrie.

Württembergische Landesgruppe.

1922.

Die Unternehmer wollen alle die Freigehigkeit der Arbeiter unterbinden. Diese Absicht soll bewirkt werden, daß eine Ausbreitung erfolgt für die Kapitalisten verläuft. Deshalb wird den Unternehmern verboten, Arbeiter einzustellen. Erreicht man das, dann glaubt man die Gewähr zu haben, daß die Forderungen der Arbeiter, die natürlich zum Unternehmerstandpunkt aus immer unerfüllbar sind, unerfüllbar bleiben. Das Rundschreiben zeigt in seiner Art wieder einmal, daß die Arbeiter von der hier entwickelten Solidarität der Unternehmer lernen können. Dieser Hinweis muß genügen, um das solidarische Bewußtsein der Arbeiter zu stärken.

Lohnbewegung der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswertes

Tom Zentralverband der Maschinen- und Feiler in Halle wird umgehoben:

Durch die Tageszeitungen geht eine Notiz von W. A. "Die Lohnbewegung der holländischen Arbeiter Mitteldeutschlands", in welcher es am Schluß heißt:

Die Beschäftigten des Elektrizitätswertes zu Halle haben kurz vor dem Streik, der durch Vermittlung des Arbeitgeberverbandes beendet wurde.

Die letzte Meldung meldet die Tatsache in das Gegenteil um. Aus diesem Grunde halten wir es für geraten einiges über die noch bestehende Streikgefahr zu sagen:

Die Beschäftigten der holländischen Gas- und Elektrizitätswerte haben bis jetzt 1921 in ihren Einkommensverhältnissen mit an der Spitze. Diese Einkommensverhältnisse werden von Arbeitgeberseite umfritten, weshalb seit Anfang September 1921 Verhandlungen im Gange sind, bzw. Forderungen vom 17. November 1921 bis zum heutigen Tage noch der Entscheidung warten. Von den Organisationen dieser Werte ist wiederholt verlangt, die Lohnangelegenheit auf geländem Wege zum Abschluß zu bringen. Trotzdem ist der Beschäftigten vom Arbeitgeberverband immer verweigert.

Die Beschäftigten des Gas- und Elektrizitätswertes sind auf diese Art auf eine harte Probe ihrer Exzellenz gestellt worden, um so mehr, als gerade die Beschäftigten durch die betrieblichen Verhältnisse sehr an der Gesundheit Schaden nehmen und daher eine hohe Krankenziffer aufzuweisen haben, daß fernher anzuwendend Leute wegen Herunterführung der Einnahmen überwiegen werden müssen. All diese Umstände haben dazu beigetragen, daß es später dazu gekommen wäre, in den Zustand zu treten. Wenn es nun nicht dazu gekommen ist, dann deshalb, weil die Beschäftigten in Anbetracht des strengen Winters die Arbeiterschaft, soweit diese von dem elektrischen Strom und von der Gasversorgung abhängen, und auch die Krankenschüler vor Schaden zu bewahren, und weiter, um die Werte selbst nicht zu halten.

Besondere ist es auch dem Vorstehen des Sachverständigenausschusses, Herrn Professor Goerges, zu danken, wenn immer noch eine vorläufige Verständigung zwischen den Wertesparteien erzielt wurde. Das heutige Lohnangebot des Arbeitgeberverbandes heißt entsprechend der Forderung hinter den Ansprüchen der holländischen Arbeiterschaft zurück.

Wenn aus Gründen der Einsicht der Beschäftigten des Gas- und Elektrizitätswertes die Bürgerseite der Stadt Halle vor Schaden bewahrt wurde, so möge sich die Bürgerseite noch zu den für die vorstehenden Verhandlungen beim Magistrat dafür einleihen, daß die Beschäftigten des Gas- und Elektrizitätswertes als überaus die holländische Arbeiterschaft der Forderung entsprechend erhöht wird, damit in der Verteilung von Kraft und Licht keine Unterbrechung eintritt, denn auch Gebäu kann ein Ende haben.

Der Wunsch, daß das Bürgeramt sich für ausreichende Öffnung der Arbeiter der holländischen Werke, die sie doch selbst in Privatband überführen wollen, sich einleihen soll, wird immer ein frommer Wunsch bleiben. Das Bürgeramt hat nur Geldmittel übrig, wenn es sich um Gehaltsbewilligung der hohen und höchsten Beamten handelt. Arbeiter, Angestellte, untere und mittlere Beamte, die können, wenn es nach dem Willen der Bürgerseite geht, am Hungertage nagen.

Hat ein ausgeschlagener Arbeiter Anspruch auf Lohnnachzahlung?

Diese Frage war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht. Aus einem Kölner Betrieb (hier am 23. November ein Baufahrerarbeiters aus, nachdem ihm der übliche Lohn ausbezahlt war) Das Gewerbegericht wies am 24. November einen Schiedsrichter an, der den Baufahrerarbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 0,50 Mark zuschrieb, und zwar rückwirkend ab 17. November. Der ausgeschlagene Arbeiter verlangt nun am Ge-

werbergericht Nachzahlung von 187,20 Mk. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage, da ausgeschlagene Arbeiter, die bei Fällung des Schiedspruches nicht bei ihm in Arbeit ständen, keinen Anspruch auf Lohnnachzahlung hätten. Diesen Standpunkt vertritt auch das Reichsarbeitsministerium, und auch das Gewerbegericht in dem Urteil hat in diesem Sinne am 18. September v. J. entschieden.

Das Kölner Gewerbegericht bejahte jedoch abgelehnte Frage entgegen den letzteren Auffassungen, und zwar unter folgender Begründung: "In dem Schiedspruch heißt es unter anderem wörtlich: 'Der Stundenlohn im Hofbahngewerbe wird ab 17. November 1921 um 0,50 Mark für Baufahrerarbeiten erhöht.' Es ist in dem Schiedspruch eine Bestimmung getroffen, wonach die ausgeschlagene Arbeiter einen Anspruch auf Lohnnachzahlung nicht haben, auch ist dem Vorstehenden des Gerichts, der die Verhandlungen als unparteilicher Diwan des Schiedsrichters geführt hat, nichts davon bekannt, daß von Arbeitgeberseite im Laufe der Verhandlungen erwidert worden ist, daß die ausgeschlagene einen Anspruch auf Lohnnachzahlung nicht hätten. Schon mit Rücksicht darauf hat das Gericht angenommen, daß 11 an Arbeitern vom 17. November an die Lohnhöhe zutraf. Die führenden Arbeiter-Organisationen im Baugewerbe hatten den Antrag auf Lohnnachzahlung beim Schiedsrichtern gestellt; dem entgegengesetzten Willen des Reichsarbeitsministeriums, er geht demnach zur Tarifgemeinschaft. Die Lohnnachzahlung muß aber für alle diejenigen Geltung haben, die der Tarifgemeinschaft angehören, also auch für den Kläger, auch wenn er bei Fällung des Spruches bzw. bei Annahme desselben nicht mehr bei dem Beklagten in Arbeit gewesen wäre."

Der Beklagte wurde zur Zahlung des eingeklagten Betrages verurteilt.

Ausschlußdrohungen im Schweizerischen Typographenbund

Der zunehmende Einfluß der Kommunisten im Typographenbund veranlaßt dessen Zentralleitung, ebenfalls die Vorbereitungen zu treffen, um die Kommunisten aus dem Verband auszuschließen. Im Verbandorgan wird seit Wochen eine systematische Hege gegen die führenden Kommunisten betrieben. Auf einer demnächst stattfindenden Delegiertenversammlung will das Zentralkomitee die Anträge einbringen, auf Grund deren dann die Ausschüsse vollzogen werden können. Es ist jedoch vorauszuheben, daß auch diese Maßnahmen sich bei den Reichsarbeitern, an den entlassenen Willen der Mitglieder, die Einheit der Gewerkschaften zu wahren, scheitern werden.

Vom Tage

Fahrtseemäßigung für Jugendweibebeschäftigung abgelehnt, für Religionsunterricht angenommen

Berlin, 10. Februar. (A. T.) Am Reichstagsauschuß für Bildungswesen lagen heute zur Frage der Fahrtseemäßigungen für Schulbesuchende weiblichen Artzugen, in denen gefordert wird, daß auch für die Teilnahme am Religionsunterricht der Elternbefreiungen Ermäßigungen gewährt werden. Die Anträge Abgeordneter (Str.) und Wamm (Duis.) und Genossen führten zu einer lebhaften Auseinandersetzung der Parteien über den Wert des Weltanschauungsunterrichts bei der Jugendbildung. Die Abgeordneten des Religionsunterrichtes. Nach einem sehr eingehenden Meinungsaustausch über die Art des Jugendweibebeschäftigung wurde schließlich der Antrag der Unabhängigen, Schillerministerien für die Anteilnahme an Jugendweibebeschäftigung und unter gewissen Bedingungen am Weltanschauungsunterricht zu genehmigen, abgelehnt. Gegenüber dem Antrag des Abgeordneten Wamm (Duis.) und Genossen: für den Religionsunterricht, wie für den Vorbereitungsunterricht bei der Arbeit 187 der Reichsversammlung genannten Gesellschaft des öffentlichen Rechts sollen die tarifmäßigen Verhältnisse auf dem Bau auf die Hälfte herabgesetzt werden, wenn die Schüler der Unterricht nur an einzelnen Tagen der Woche planmäßig besuchen; auch wenn sie nur in einem der Väter als Körperarbeit des öffentlichen Gelehes anerkannt sind. Weiterberatung Mittwoch, den 15. Gegenstand: Reichstagsauschuß.

Die Iohanna-Köben und Brillanten

In Berlin findet alljährlich ein Preisfest statt. Bei der letzten "Affäre" dieses Schlags wurden wieder viel Fleisch und kostbare Köben und glitzernde Brillanten zur Schau getragen, worüber die bürgerlichen Blätter der Reichshauptstadt Italienien berichtet. Sie verzehren aber dabei, daß in den Arbeitervierteln der Stadt die ganze Sorge hauptsächlich der "Vorwärts" hinaus. Samoch, und der "Vorwärts" verzicht, daß unter denen, die auf dem Preisfest glänzten, sich die rechtssozialistischen Exzellenzen befanden, in der Reichsversammlung Ebert, der Reichsminister des Innern Dr. Röder, und der rechtssozialistische Polizeipräsident Richter.

Der Bau einer neuen Rheinbrücke bei Sulzbach-Görsfeld. (A. T.) Duisburg, 9. Februar. Wie der Reichsverkehrsminister der Rheinbrückenbauhandelskammer mitteilt, soll die Frage, ob trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Neubau der Rheinbrücke bei Görsfeld fortgesetzt werden soll, in einigen Wochen entschieden werden.

Proß und Schöne in Oesterreich, Ungarn und auf den Balkan. (A. T.) Wien, 10. Februar. Der Proß hat hier nachgelassen und wurde dem Stand von 4 Grad unter Null erreicht, während die Temperatur gestern noch zwischen 9 und 10 Grad schwankte. Aus Ungarn laufen hier ebenfalls Nachrichten ein, die einen starken Frost melden. Die Donau ist bei Eszka eingetroffen. Der aus Budapest kommende Sammelzug ist bei Curtius im Schnee stehen geblieben. Auch aus Serbien kommende Nachrichten melden große Berühmungen durch Schneelurme.

Die Arbeit der Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften

ist von ausschlaggebender Bedeutung für die proletarische Revolution.

"Der kommunistische Gewerkschafter"

gibt unseren Funktionären Material und Richtlinien für ihre praktische Arbeit. Ein jeder Funktionär sollte darum zum 1. März den "kommunistischen Gewerkschafter" abonnieren.

Bestellungen nehmen unsere Literaturbücherei und die Post zum Preise von 5 Mark vierteljährlich entgegen.

Der "kommunistische Gewerkschafter" erscheint wöchentlich einmal.

Werbt neue Abonnenten für unsere Zeitung

Halle und Saalkreis

Halle, den 11. Februar 1922

Die bürgerliche Gesellschaft

mit ihrem Wohnungssektor der verlässigen Bevölkerung Hand gefast vor der Hallischen Straßammer. Wegen schwerer Beleidigung war der Arbeiter Ferdinand Ehrig angeklagt, der in einem Brief an das Wohnungsamt seiner Empörung über die ungerechte Wohnungszuweisung Luft gemacht hatte. Ehrig ist Vater von zwei Kindern, seit Juni 1920 also über 1 1/2 Jahre, ist er auf dem Wohnungsamt als dringend Wohnungsbedürftiger eingetragen. Er selbst bemühte sich dauernd um eine Wohnung und teilte dem Wohnungsamt mehrere freiliegende oder freierwerbende Wohnungen mit, doch jedesmal hatte das Wohnungsamt keine Wohnung für ihn. In einem Falle bekam die Wohnung eine neu sich in Halle etablierende Gesellschaft, in einem anderen Falle, als er eine Wagnisquartierung in eine große, von nur wenigen Personen bewohnte Wohnung beantragte, bekam er die Antwort, die Zimmer bekommt die Gesellschaftsdame des Wohnungsinhabers. Als er alle seine 1 1/2-jährigen Bemühungen gescheitert sah, schrieb er dem Wohnungsamt einen lebenswichtigen Brief, in dem er die Zumeilung einer Wohnung bis zum nächsten Donnerstag verlangte, andernfalls er der französischen Gesundheitskommission mitteilen wollte, daß die Hallische Polizei mit freibewanderten Wäffeln ausgerüstet ist. Das Gericht mitteilte, daß der „sollen christlichen Gemüths“ und lehnte den Beweisantrag des Angeklagten, daß der Friedensvertrag in Punkt Entschaffung nicht durchgeführt ist und daß die Hallische Polizei mit verträglichem Wäffeln ausgerüstet ist, ab. Zur Charakteristik des Arbeiters Ehrig möge noch dienen, daß er neben vielen anderen Kriegsauszeichnungen das Eisene Kreuz I. Klasse besitzt, er also im wahren Sinne des Wortes ein „guter“ Soldat gewesen ist. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, das Gericht der freien demokratischen Republik verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis und hätte ihn nur zu gering, wenn es irgend möglich war, nach die bürgerlichen Ehrenrechte.

Dieser Urteil ist ein Ebenbild ähnlichen. Nicht der Arbeiter Ehrig gehört auf die Anklagebank und ins Gefängnis, sondern die Gesellschaft und deren Träger, die Arbeiterfamilien in elenden tuberkulosemangenen Wohnern elendiglich zugrunde gehen läßt und andererseits leerstehende Zimmer für Gesellschaftsdamen übrig hat. Besonders hier in Halle nimmt die Wohnungsnot erschreckende, katastrophale Dimensionen an, die Banken und andere Handlungsgesellschaften, die sich immer mehr in Halle aufbauen, nehmen die ohnehin schon knappen Wohnungen in Anspruch und bekommen hierzu ohne weiteres die Genehmigung des Wohnungsamtes. Hotel- und alle anderen möglichen Räume werden an diese Gesellschaften verkauft und so der arbeitenden Bevölkerung die Wohnungen fortgenommen. Wenn die Industrie und das Bankkapital in Halle sich niederlassen wollen, sollen sie sich eigene Gebäude bauen, Geld genug dazu haben sie aus den Ärscheln der Arbeiterfamilie herausgepreßt. Wenn dem Wohnungsamt an der Beseitigung des Wohnungsproblems ernstlich gelegen ist, dann möge es zuzulassen, es gibt übergenug große Wohnungen, die von kleinen Familien bewohnt werden, die Kellern, die in vielen anderen Städten zu Wohnungen umgebaut worden sind, stehen in Halle vielfach abgemietet. Aber nein, der ebenfalls zu Grunde gehende Arbeiter, der gegen diese „sozialistische“ Zustände seinem Vorgesetzten Luft machen, der seinen Gehaltsanspruch, so will es das Gesetz, das von einer Nationalversammlung gemacht worden ist, die eine sozialdemokratische Mehrheit hatte.

Ein projektiertes großes Luft- und Sonnenbad auf den Pulverweiden!

Von dem unabhängigen Stadtvorordneten Carl Kirbis wird uns folgender Artikel zur Verfügung gestellt: Der Detektor zur Beförderung der Tuberkulose in Halle verläßt sich durch Verhinderung eines Films des Interelle wieder Volkstheater für die Erziehung eines großen öffentlichen Luft- und Sonnenbades an der Saale zu erweisen. Diese Propaganda gibt offensichtlich den Anlaß, daß das bereits vor 6 Monaten einstimmig angenommene Projekt der Gesundheitsverwaltung endlich aus dem Dornschädel der Gesundheitsverwaltung endlich aus dem Dornschädel heraus zu fördern, daß die Verträge noch in diesem Jahre erfüllt werden. Ich habe mich bereits als Referent der Deputation zur Unterhaltung dieser Propaganda für verpflichtet, die Öffentlichkeit zu unterrichten, und das Wesentliche des projektierten Luft- und Sonnenbades hier vorzutragen. Auch nicht zuletzt deshalb, einen Druck auf unsere öffentlichen Körperschaften zu üben, die Allgemeinwohl, auszuüben, und einen großen Schmelzpunkt zu erfüllen wird, Gesundheit und Erholung in einem Luft- und Sonnenbad zu erhalten.

Der erste Schritt zu einem großzügig angelegten Badelande auf den Pulverweiden wurde im vergangenen Jahre mit der Zusammenlegung des südlichen Krausen- und Männer-Friedhofes zu einem Friedhof gemacht. Durch den letzten Jahres Badelommer feierte sich die Kreuzung der Saale täglich bis zu 12000 Badegästen, ein Beweis dafür, daß die geschaffene neue Einrichtung ein dringendes Bedürfnis weiter Kreise unserer Einwohnerwelt war. Aber sie war auch ein weiterer Beweis, daß die Anstalt in ihrem bisherigen Umfange den gesteigerten Bedürfnissen und Anforderungen durchaus nicht genügt, zumal nicht der geringste Raum für Luft und Sonnenbäder vorhanden war. Aus diesem Grunde wurde der Vorlaß gemacht, auf dem linken Saaleufer längs der Badeanstalt von der Rennbahn auf einem 100 Meter breiten Bienenstreifen abzutrennen, denselben aber während der Renntage dem Verein für seine Zwecke weiter zu überlassen. Trotzdem die Rennbahn häufiger Grund und Boden ist, hat der Richter „Reinverzin“ es angebracht, hierzu einzuweichen, jedenfalls, weil man in diesen Kreisen den Rennsport höher bewertet als die Volksgesundheit. Ich persönlich bin der Meinung, daß die ganze Rennbahn auf den Pulverweiden einen einig großes Luft- und Sonnenbad sein müßte, was die Verhältnisse als selbstverständliche Sache können. Was nicht ist, kann hoffentlich noch werden.

Weiter ist geplant, die „Große Ratswiese“, welche sich an die Rennbahn anschließt und bis zur Kollbahn der Hallischen Bienenstraße reicht, mit als Luft- und Sonnenbad zu benutzen. Dasselbe ist zuerst von der Hallischen Straßammerung gepachtet, deren Rechte sich aber durch die Hallische Straßammerung lösen. Hier können sich Zehntausende Erholungsbedürftiger, Männer, Frauen und Kinder, an schönen Sommertagen zum Luft- und Gesundheits- und Erholung finden. Es müßte auch möglich sein, ein großes Badeland für Kinder anzulegen, ein ständiger Wasserlauf, was neben Weite aus, durch eine offene Rinne, könnte nicht erhebliche Kosten verursachen, aber den größten Teil des Parkes unserer Kleinsten, wie nach oben, im Umarmen dem Bade einen charakteristischen Charakter zu verleihen, müßte nach einer Einrichtung getroffen werden, wo Familien fürten Räder fahren. Das würde sicherlich für viele ein kleines Paradies bedeuten, in dem der Kampf der Ge-



Portrait
Siedlungsrat
Saalkreis
Bürgeramt
Straßeneinigungsamt
Fußparkamt
Straßenbahnamt
Reklamerat

Summa: 2 1/2 Jentner

In Worten: Balke

w. j. b. w.
Der Turlestanten

kenntnis des Guten nicht fehlen würde. Der Zugang zu dem Luft- und Sonnenbad ist von der Halleschen Anstalt, Eingang Pulverweiden, gebührt, das natürlich mit benutzt werden kann. Neue Ausdehnungen sollen durch die Erweiterung des Platzes im Männerbade, das bis an den Promenadenweg ausgedehnt werden soll, geschaffen werden. In einer großen Gardeboe wird für die Beaufsichtigung der Saalein geort. Ein mögliches Entgelt durch Ausgabe von Tages-, Monats- und Quartierkarten soll zur Befreiung der Unkosten dienen.

Auch für geübte Schwimmer bringt der Plan etwas neues. Die Benutzung des Schwimmbeckens an der Platz des alten Florabades, also unmittelbar unterhalb des Beckens, hat den Vorzug einer besseren Wallerziele, als es bisher der Fall war. Auch wird die Benutzung des Beckens für geübte Schwimmer auf seine Schwierigkeiten liegen. In das Becken des Wellenbades sollen Reiz nicht verfallen wird. Überhaupt sind die Wasserbedingungen, gesundheitlich betrachtet, die besten von ganz Halle. Die bisherige Benutzung für Schwimmer soll der ungenügenden Benutzung halber aufgehoben, und die Gebäude als Erfrischungstrank für Ritz und alkoholfreie Getränke dem Publikum zur Verfügung gestellt werden.

Damit würde für Halle ein Badeland geschaffen, der landschaftlich einzig dastehend, und den wegen der noch verbleibenden ruhigen Lage wohl selten eine zweite Stadt aufzuweisen hat. Schlußendlich werden hier Erholung finden und finden, aber nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch solche Familien, die nicht mehr in der Lage sind, bei den jetzigen hohen Preisen sich eine Badereise oder Sommerfrische, selbst wenn sie noch so becheiden ist, sich leisten können. Das hier zur skizzierte öffentliche Luft-, Sonnen- und Flußbad auf den Pulverweiden soll ein Jungbrunnen werden für die gesamte Hallische Bürgerwelt, ohne Unterschied von Alter und Verlesen.

Jetzt liegt es nur noch an den städtischen Körperschaften und den Vereinen, das Projekt in der Tat umzusetzen. Ein solches Werk ist die beste Kapitalanlage für unser Volksgesundheit und müßte für die Stadtgemeinde und unsere Bevölkerung tausendfache Zinsen bringen. Deshalb lohnt es sich, damit noch in diesem Jahre das Werk der Allgemeinheit dienen kann.

Wegen Raumförmigkeiten mußten wir diesen Artikel einige Tage zurückstellen. Inzwischen hat auch der Decernent der städtischen Freibäder zu diesem Projekt Stellung genommen und mit sachlichen Argumenten abgelehnt. Gegen diese Stellungnahme wendet sich jetzt der unabhängige Stadtvorordnete Kirbis mit einer weiteren Botschaft. Er lautet:

Der rechtskonservative Stadtrat S j e p e hielt sich als Decernent der städtischen Freibäder für berufen, im Namen dieser Verwaltung gegen das projektierte Luft- und Sonnenbad auf den Pulverweiden Sturm zu heben. In der „Volkstimme“ und den „Hallischen Nachrichten“ bezifferte er am 28. Januar eine Erklärung gegen den von mir in den Hallischen Zeitungen veröffentlichten Vorschlag.

Der Zweck meiner Veröffentlichung sollte sein, die Propaganda des Vereines zur Beförderung der Tuberkulose zu unterstützen. Der Verein bemüht sich an der Hand von Vorträgen auf die großen Gefahren der Schwindelucht hinzuweisen, und tritt sehr warm für die Schaffung von Luft- und Sonnenbädern ein. Das war für mich der Zweck der Rede!

Zu behaupten ist es allerdings, wenn ein Hallischer Stadtrat, der selbst Einrichtungen, die der Volksgesundheit dienen, vertritt, sich gegen ein Projekt wendet, das der öffentlichen Gesundheitspflege unserer Stadt dienen soll. Vom Stadtlundbesitzamt und weiten Kreisen unserer Bevölkerung wird ein solches Bad sehr wohl gewünscht, unterstützt und gefördert. Nach behaupteter ist es nicht, daß ein Mann an der Spitze einer städtischen Baderverwaltung nicht, der sich selbst so vor dem Volk fürchtet wie vor Feuer. Aus diesem Grunde ist es mir unangenehm, daß der vorerwähnte Stadtrat sich auch noch gegen Luft- und Sonnenbäder wendet. „Der Herr Stadtrat, davon werden Sie doch gar nicht nach!“

Freier wird es interessieren, was alles in der „Volkstimme“ unter der Feder des „Herrn“ steht: Stadtrat S j e p e und ein Obersekretär — das ist die ganze Herrlichkeit. — Die 6 Deputierten zur Beaufsichtigung der Freibäder haben, soweit ich unterrichtet bin, auf entgegengelegtem Standpunkt wie „die Verwaltung der städtischen Freibäder.“

Auch mit dem Schulrat, Herr Stadtrat, hat es kein Bewenden, denn der Herr Stadtrat nicht von Ihnen, sondern von dem von Ihnen über entsandten Badewerker Köppchen. Es ist nicht jedermanns Sache, sich mit fremden Federn zu schmücken! — Mit dem Freibad im Norden geht es ähnlich. Der frühere Stadtrat Osterburg hat um die Einrichtung schon 26 Jahre als Stad-

vorzweier gekämpft. Die Verhältnisse waren aber härter als des Wunsch nach einem Freibad im Norden, der selbstverständlich nicht einfließen darf. Auch heute gehen, soweit ich unterrichtet bin, noch dieselben Bedenken der städtischen Verwaltung voran. Was mag über Oberrung denken, wie man will, aber alle, die da wissen, werden ihm Anerkennung zollen müssen. Herr Stadtrat J e p e, ich wünsche, daß Sie nur den hundertsten Teil von Interesse Osterburgs zeigen, dann wären solche Briefe wie die obigen, die so große Unkenntnis von Gesundheitspflege zeigen, und die doch sehr nachsichtig durch persönliche Animosität diffamiert waren, unterblieben.

Parteinachrichten

Mitteilungen des Unterbezirks Halle-Saalkreis Die verlegte Ankündigung der zweiten Bezirksversammlung findet endgültig am Sonntag, den 12. Februar, vormittags 9 Uhr, im bekannten Lokal statt. Wir erlauben, den Anwesenden der Einladung (Stundenscheine Nr. 1) an die Direktion eingehende Beachtung zu schenken. Kein einziger Bezirk des Saalkreises, wie auch von Halle darf fehlen.

Zur Spitzenkämpfe der Eisenbahner stärkte den Verkehr mit den Orientierungen auf das Nennendste ist. Wir erlauben nun alle Ortsgruppen und fordern sie auf, unverzüglich alle Jurisdiktionsschleusen zu erledigen, ohne daß hinsichtlich der neueren Verhältnisse persönliche Wohnungen erfolgen müssen. Alle noch ausstehenden gelben Fragebogen für Monat Januar müssen möglichst bis Montag in unseren Händen sein. Gelingt es nicht, und natürlich alle kleinen Aufgaben, damit wir den größten gewähren sind.

Wie kommen wir aus dem Elend?

Von einem Volksemissar erhalten wir folgende Aufschrift: Der Eisenbahnerstreik hat uns geleckt, wie wichtig es ist, zusammenzuhaltend. Auch jedem der sich Gemeinheits nennt, heißt es auf die Finger zu legen, und ob er auch ein ehrlicher Kämpfer ist. Es geht viele, die nicht in unsere Reihen gehören. Auch in der Parteiführung gibt es Leute, die alles hindern, aber sich nicht einmal zum Streikentscheid bekennen. Durch Betrugsmethoden wollen sie ihre Kollegen ganz wo anders hinführen. Sie haben an dem Wohl und Wehe der unteren Klassen wenig Interesse. Ihr eigenes Ich ist alles. Mit Hilfe der bürgerlichen Presse, die während des Eisenbahnerstreiks gegen die Volksemissarier heulte, versuchen sie immer wieder, um den Geist von unseren Angehörigen zu verwirren, und dann erst wird es möglich, mit den Beamten einig zu werden, betrachten sie sich immer als die Götter, vor denen die unteren Klassen zu schweigen haben.

Angen auf Kollegen, laßt Euch nicht weiter in den Abgrund führen. Holt Ihr, daß Ihr nicht verzweifelt, dann müßt Ihr die Leute, die nicht unter uns gehen, fallenlassen, Berater gehören in keine Gemeinheitsrat und in keine Kampffront!

Wenn bisher die Beamtenorganisationen Harmonie-Bereine und Streikbesseren waren, so ist es jetzt unsere Aufgabe, sie zu einer Kampffrontorganisation auszubauen. Dazu brauchen wir aber Leute an die Spitze, die auch zu ihren Worten und Forderungen stehen. Und dann erst wird es möglich, mit den Beamten einig zu werden, die wir durch den Verrat der Führer gekommen sind, wieder heraus zu kommen. Darum an die Arbeit, Volksemissar! Fort mit den Beratern! Baut unsere Organisation auf zu einer Kampffront! Eine Kampffront müssen wir haben, Eisenbahner, Arbeiter und alle Volksemissarier. In der Stunde der Gefahr wird es kein zweites Mal, wie im Jahre 1918, möglich sein, mit den Beamten einig zu werden. Die Beamtenführung darf sich nicht länger durch die kapitalistischen Soldatente ausbehalten lassen.

Ein weißer Staatsanwalt

Der Richter Karl Nauendorf der Firma Vogel mußte keinen Rollwagen zum Kauf und Zementtransporten der Arbeiter der Firma Ringelstein abtreten und war dadurch gezwungen, einen Rollwagen zu benutzen. In dieser Angelegenheit hat der Richter hatte, so nahm er sich von dem auf dem Vogel'schen Grundstücken lagenden Brettern ein Stübchen für seinen Wagen, das er, nachdem er seinen Rollwagen wieder bekommen hatte, zurückgeben wollte. Bei einer Hausung, die nach gelöstener Dachpappe und Ritzarbeiten im Hause des Richters vorgenommen wurde, erliefen er offen er hat nur dies Recht zur Eingangszeit für seinen Wagen in Benutzung genommen. Darauf schickte ihm der Staatsanwalt einen richterlichen Strafbescheid von 3 Tagen Gefängnis. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde er kostenlos freigesprochen.

Ein Arbeiter liest man ohne weiteres ins Gefängnis, ohne öffentliche Verhandlung, für eine gestrichelte 17-jährige Telefonbeamtin, die die Tochter eines Oberpostleiters ist, da sie mit 1 Richter, 2 Schöffen, 1 Staatsanwalt, 1 Gerichtsdirektor und 1 Zeugen in Besetzung, und nicht mehr man von Spürmalenleisern, die nicht unter uns gehen, fallenlassen, Berater gehören in keine Gemeinheitsrat und in keine Kampffront!

Diebstahl

Die Frau Andra begang einen Diebstahl. Ein Landarbeiter hatte bei einer Hausung, unter der fast alle Landarbeiter zu leiden haben, bei sich sechs Zentner Rüben gefunden, die angeblich gestohlen sein sollten. Da sie selbst auf ihrem Acker Rüben gepflanzt hatte, so sollte der Diebstahl dadurch bewiesen sein, daß ein einziger Rüben anderer Bodenlinie als die von ihrem Acker gemietet waren. Durch Zeugen konnte nachgewiesen werden, daß sie von ihrem Acker ganz gut sechs Zentner Rüben ernten konnte. Sie mußte ebenfalls freigesprochen werden, obgleich der Staatsanwalt 1 Monat Gefängnis beantragt hatte.

* Kommunische Metallarbeiter. Heute abends 8 Uhr im Saalzimmer des „Volksparks“ wichtige Versammlung. Kein kommunischer Metallarbeiter darf fehlen.

* Die Sonderorganisationen des Arbeiter-Bildungsausschusses erweisen sich eines starken Zulrusses der Arbeiter und Angehörigen. Die für den 16. Februar angelegte Opernauflösung „Andine“ ist gleich nach Eröffnung des Vorverkaufes am Freitagvormittag ausverkauft. Eine gleich darauf für den 20. Februar angelegte Wiederholung der Opernauflösung „Andine“ war am Nachmittag des vergangenen Tages vollständig ausverkauft. Karten für diese beiden Vorstellungen sind nicht mehr zu haben. Dagegen können Karten zu dem am 24. Februar stattfindenden Aufführung der beiden Lustspiele: „Der eingebildete Kranke“ und „Ein Heiratssatir“ noch im Arbeiterkretariat entnommen werden.

* Sitzung, Zimmer 1 heute, Sonnabend, den 11. Febr., abends 7 Uhr im Bureau (Zimmer 10) des Gesellschaftshauses, Mitgliederversammlung der 3. A. und Streikbesseren der Zimmerer. Mittwoch, den 15. Februar, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung des genannten Vorstandes Bezirksföderation mit eingeladenen Vertretern auf die am Sonntag den 18. Februar, stattfindende Mitgliederversammlung im „Volkspark“ hingewiesen. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

* Sitzung, Mitglieder der Union der Hand- und Kopfabbeiter. Der erste Rufus für Betriebsräte und Funktionäre findet am Montag, dem 13. Februar, abends 7 Uhr, in der Martinstraße statt. * Nachkommensfeier. Der 18. District hat am Sonntag einen Unterabteilungsmittag im „Volkspark“ veranstaltet. Wie vorher wurden 368 M. an die „Rote Hilfe“ abgeführt und durch eine Sammlung für die „Ruhlandhilfe“ 175,70 M. aufgebracht. Ur-

Weller und Arbeiterinnen, kommt weiter für die Opfer der Weichen ...

Ballspiel. Heute, Sonnabend, findet im großen Saal das ...

Stadttheater. Heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr mit Hoff ...

Geistliche. Heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr mit Hoff ...

Zoologische Garten. Morgen, Sonntag, nachmittags von 5 1/2 ...

Übernatürliche Studentenpöbel. In der Nacht zum Sonnabend ...

Ein Schießfeld für Eisenbahndiener wurde am Donnerstagsabend ...

Waldendorf Immer neue Niederlagen müssen sich die Unabhängigen ...

Schüler und Lehrer. Die Schule soll der Heranbildung ...

Opin. Öffentliche Versammlung. Einmaliger Landarbeiter ...

VI. Einwohnerversammlung des Stadttheater-Direktors ...

Waldorf. Die Schule soll der Heranbildung ...

Opin. Öffentliche Versammlung. Einmaliger Landarbeiter ...

VI. Einwohnerversammlung des Stadttheater-Direktors ...

Waldorf. Die Schule soll der Heranbildung ...

Opin. Öffentliche Versammlung. Einmaliger Landarbeiter ...

VI. Einwohnerversammlung des Stadttheater-Direktors ...

gang frei, aber in Anbetracht der Ausfälle annehmbar. Außerdem ...

Aus der Provinz Hat die Orgeß Waffen?

Wir lesen in unserem Magdeburger Kartierogen, der „Tribüne“: ...

Wir sind der Meinung, daß die Stinnesleute in trauriger ...

Maßregelung von Eisenbahnern in Magdeburg

Maßregelung der Reichsregierung, daß Maßregelungen von ...

Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Inwärtler

Das Elend der Sozialrentner

In der nächsten Zeit soll das Gesetz betreffend Notstandsmaß- ...

Der Antragsteller hat aber auch die Beweise für seine Bedürftig- ...

Auf Grund dieser Bestimmungen ist es fraglich, ob ein Sozial- ...

Es muß Aufgabe der Arbeiterparteien und Genossenschaften sein, ...

sch die Wäter dieser schändlichen Bestimmungen auch nicht wußten, ...

Verleumder an der Arbeit

In der Betriebsraterversammlung am Mittwoch im „Vollspart“ ...

Delitzsch. „Fulchante“ Zukünfte herrschen auf der Grube „Ludwig“ ...

Die Revolutionierung der Genossenschaften. Die Eisenbahner ...

Maßregelung von Eisenbahnern in Magdeburg. Maßregelungen ...

Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Inwärtler ...

Das Elend der Sozialrentner. In der nächsten Zeit soll das Gesetz ...

Der Antragsteller hat aber auch die Beweise für seine Bedürftig- ...

Auf Grund dieser Bestimmungen ist es fraglich, ob ein Sozial- ...

Es muß Aufgabe der Arbeiterparteien und Genossenschaften sein, ...

Was steht uns im Frühjahr bevor? Ueber dieses Thema referierte Genosse ...

Beim Nachfüllen von MAGGI Würze. achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Original- ...

Leben Wissen Kunst

Jad

46) Pariser Stillebild von Hippolyte Daubet.

Seitdem waren acht Jahre verstrichen. Seit acht Jahren war alles in diesem Zustande verblieben und wenn sich aus jederdem im Dorfe daran gewöhnt hatte, so verließ doch dieses Unfertige der ganzen Weltung das einmütige Bewußtsein eines Menschen, dem alles gleich ist, der sich bei jeder Veranlassung fragt: Wozu? Das Aussehen der Menschen blieb ihrer Umgebung. Von Frau Nicolas an, welche nach acht Jahren an ihre Tochter trauerte, ohne ihre Kleidung durch eine neue Haube freundlicher zu gestalten, bis auf die kleine Cécile, welche auf ihrem Kinderbette einen fröhlichen, ersten Ausdruck fand, und bis auf die alte Dienerin, welche den drohenden Tod schon seit dreißig Jahren diente, und einen Teil ihres Ansehens lebend alle unter demselben Dach, derselben schweiglichen Trauer.

Der Doktor allein entzog sich diesem Einfluß. Seine Fahrten in frischer Luft, die Zerstreuung des Weges, vielleicht auch die Philosophie des Menschen, welcher oft herden lebt, veranlaßten die natürlichen Anlagen eines nach außen lebenden Bewußtseins und ganz fröhlichen Gemüts.

Während die fortwährende Tapferkeit Cécilies, in welcher sie die Jüge der Mutter wiederfand, Frau Nicolas Trauer beständig erneuerte, gewann der Doktor seine bessere Stimmung in dem Maße wieder, als ihn die betagende Kleine nach und nach an die Verstärkung erinnerte. Wenn er den ganzen Tag unterwegs gewesen war, so sah er sich nach dem Essen, während die Frau sich noch in der Wirtschaft beschäftigte, mit dem Kinde allein besetzt, besah er oft Anmahlungen jugendlicher Heiterkeit, lang mit lauter Stimme Matrosenlieder und hielt erst auf einen vorwurfsvollen Blick inne, den ihm Frau Nicolas beim Eintreten zuwarf und das zu sagen schien: "Dante hat's", als ob er an ihrem Anstand irgend etwas hätte.

In dieser Umgebung verlebte Cécile eine traurige Kindheit. Sie kam wenig heraus, lebte im Garten oder in einem mit Jähern, Kräuterbüscheln und Büscheln angefüllten Zimmer, welches Strohkorb genannt wurde. Aus diesem Raum führte eine feste verschlossene Tür in das Zimmer der beiden lebenden, jungen Frau, in welcher alle Wünsche ihres kurzen Lebens durch irgend ein Andenken bezeichnet waren. Spielzeug, Hüter, Bilder, Kleider. Ein ganzes Museum verlebter Reliquien.

Die kleine Cécile handelte nicht nach dem, was sie eine Frau verschlossene Tür. Sie grübelte überhaupt zuviel. Man hatte sie niemals in die Schule geschickt, als fürchte man die Bekanntschaft mit den Zeitgenossen und die Einsamkeit, die sie ihr schenkte. Sie lebte ihre einsame Lebenszeit, dieses Schreien ohne Ursache, das totale Ansehen, wie man es von unbedachteten Kindern hört.

"Sie muß Fortsetzung haben," sagte Herr Nicolas zu seiner Frau. "Der kleine D'Argentan ist ein reizender, verlässlicher Junge, aber weißt du denn, was das für Leute sind? Vorher sind sie? Keiner kennt sie," erwiderte die stets mißtrauische Frau Nicolas.

"Die besten Menschen, meine Liebe. Er ist allerdings sehr abscheulich, aber die Künstler... Zu weit hin. Die Frau ist ein wenig bekümmert, aber sonst gutmütig. Und was die Rechtschaffenheit anbelangt, so habe ich keine Zweifel."

Frau Nicolas schüttelte den Kopf, sie trauerte dem Scharfsinn ihres Gatten nicht besonders.

"Ja ja, du!"

Und sie ließ sie vorwärtsrollen.

Der alte Nicolas setzte den Kopf wie ein Säubler, aber er hielt an sein Herz.

Zu leicht ließ die Kleine langweilen. Sie wird uns schmeicheln noch fröhlich werden. Und dann... Der kleine Tod ist ein Kind, Cécile auch. Was soll denn passieren?"

Endlich ließ sich die Großmutter bestimmen und Jad wurde Cécilies Spielgefährtin.

Ein neuer Abend begann für ihn. Er kam anfangs selten, dann öfter, schließlich alle Tage.

Frau Nicolas gewann das freundliche, artfällige, durch Gleichgültigkeit bedrückte Kinderemblem sehr bald lieb. Sie merkte, daß der kleine vernünftiger wurde, daß ihm kein Ansehen an der Tadel fehlte und daß er den ganzen Tag frei von Unruhe und Schuldgefühlen war.

"Wohin du nicht zur Schule, mein kleiner Jad?"

"Rein Madame."

Er hielt hinzu, denn Kinderherzen besitzen oft einen Schatz von Dummheiten.

"Mama lehr mich."

Was hätte der arme Charlotte mit ihrem Vorgesetzten wohl sehr können gemacht, teils nach dem einen Teil, denn er war eben so gutmütig, teils nach dem anderen Teil, denn er war eben so gutmütig, als jetzt. Rechnungen fanden schon seit zwanjg Jahren aus. O die Unordnung, wenn eine Frau nicht gewohnt war, sie löst ihn sonst, doch ihm seinen Weg zu, sorgte für die geringsten Einzelheiten seiner Toilette und wenn er eben im Begriff war, fortzugehen, rief ihm die Kleine noch einmal ein Wort zu.

"Lach leben, Großmutter, ob du nicht müde bist?"

Die Güte dieses Mannes hatte etwas Göttliches an sich. Man las in seinem kindlich klaren, unerschütterlichen, von kindlicher Bescheidenheit freien Blick. Wohlgefiel er in der Welt herumgekommen

war und sehr viele Hände und Menschen kannte, hatte ihm doch die Wissenschaft seine Unbefangenheit erhalten. Er glaubte nicht an das Böse und übertrug diese Macht auf alles Lebendige, Menschen wie Tiere. Er glaubte, es daß er, um sein Werk, einem alten Gefährten, der ihm schon seit zwanjg Jahren diente, nicht anzutreten, obgleich, sobald der Weg hell wurde und mit unbedecktem Kopf im Sonnenschein, Wind und Regen neben dem Tier dahinschritt.

Das Pferd paßte zu seinem Herrn, wie der Herr zu ihm; es war, daß der Doktor sich oft auf seinen Reiter verließ und nicht weiter nach den Tieren der Kranken, die ganz besondere Art an den Jüngen zu zieren. Oder wenn es gerade um die Mittags- oder Frühstücksstunde war, so blieb es mitten auf der Landstraße stehen und wendete sich eigenförmig nach Hause.

"Gut, du bist Recht," sagte Nicolas.

Man machte sie nach Recht, oder streiten sich.

"Ach, du bist Recht," kammte der gutmütige Doktor, "hat man je in ein Recht gesehen? Ich habe doch noch einen Besuch zu machen, geh allein, wenn du Lust hast."

Darauf lief er während zu seinem Kranken, während das ebenbürtige Pferd ruhig den Heimgang einfügte und den erleichterten, nur noch Wälder und Zäunungen einhaltenen Wagen hinter sich herzog, was die ihm begehenden Bauern zu der Bemerkung veranlaßte:

"So! Herr Nicolas wird wieder einen Streit mit seinem Galt gehabt haben." (Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitslosen

Arbeitslos sind wir, nun zum Feiern verdammt.

Dannoch ist unter Herren zur wässrigen Zeit entlassend.

Was wir dem Roboter, ein an der Maschine aufgehängt,

Darf wir der Sturm der Wüste tief in die Klutende Zeit.

Unser Hände Schaffen, unserer Stirnen Tat

Ward Profitzerlassen, Trümmern und blutige Saat.

Um der Profite willen ward der Maschine Segen zum Fluch —

Um den Inhuman die Maschinen bewilligen gewählten Grund:

"Die Arbeit steht stille. Wo her den Arbeit?"

Wer läßt unsere Wälder, die legemwärdigen, ruh'n?"

Und die Arbeitslosen sprechen: "Arbeitslose sind wir nicht,

Die wir gütlichstend fronten ohne Leben, Lohn und Licht."

Und die Arbeitslosen sprechen: "Jad und träge sind wir nicht,

Die wir gütlichstend fronten ohne Leben, Lohn und Licht."

Wer der Arbeit Arbeit bricht sich das Zahn?

Die Arbeit diene den Menschen, allen Menschen brüder fortan!

Alle Maschinen, die stille stehn, werden wieder geh'n.

Alle Stirnen, die lorgend waren, werden zum Lichte seh'n!

Maximilian Lazarowitch.

Die Landwirtschaft der Zukunft

Von Peter Kropotkin

(Schluß.)

Es ist hier unmöglich, die Tatsachen aufzuführen, auf die wir unsere Behauptung stützen. Wir sind also gezwungen, den Leser für weitere Aufklärungen auf dieses Gebiet auf die einschlägige Literatur zu verweisen, welche die angeführten Behauptungen bestätigen wird.

Was die Einwohner der großen Städte betrifft, welche sich keine Vorstellung von dem zu machen vermögen, was die Landwirtschaft wirklich sein könnte, so raten wir ihnen, die Umgebungen ihrer Städte zu Fuß zu durchstreifen und dabei die Gartenwirtschaft zu studieren.

Die Aufzucht einiger Tatzachen wird genügen, um zu beweisen, daß unsere Behauptungen keineswegs übertrieben sind. In den Prärien Amerikas (die übrigens nur schwache Ernten von 7 bis 12 Hektoliter pro Hektar ergaben, und lange Perioden von Trockenheit litten) haben hier noch sehr häufig den Ernten produzierten 500 Menschen den jährlichen Bedarf für 50000 Personen. Dieses Resultat wird durch eine sehr kleine Arbeitsparade erzielt. Auf diesen weiten Ebenen, die das Auge nicht unanfällig sind, sind die Bestellungen, die Ernte und das Erziehen fast militärisch organisiert; kein unnützes Kommen und Gehen gibt es da, keine Zeitverschwendung. Alles vollzieht sich mit der Gräßlichkeit einer Parade.

Es ist die große Landwirtschaft, die erzieht, welche den Reichtum bestimmt, wie sie ihn aus den Händen der Natur empfängt, und welche ihn nicht zu verheeren sucht. Wenn die Kraft des Bodens erschöpft ist, so löst man ihn liegen und sucht sich an anderer Stelle jungfräuliches Boden.

Anders die intensive Landwirtschaft. Hier kommen die Maschinen mehr und mehr zu Hilfe, ihr Ziel ist es, einen beschränkten Raum gut zu kultivieren, ihn zu düngen, zu verbessern, die Frucht zu konzentrieren und den größtmöglichen Ertrag zu erzielen. Diese Art der Landwirtschaft breitet sich von Jahr zu Jahr mehr aus, und während man sich in der Großlandwirtschaft des Südens von Frankreich, wie der fruchtbareren Strecken des westlichen Amerikas, mit einer Durchschnittsernte von 10 bis 12 Hektoliter pro Hektar begnügt, erntet man auf dem gleichen Raum im Norden Frankreichs 26, 30, 32, 34, 36, 38, 40 und bis zu 40 Hektoliter. Der jährliche Getreideertrag eines Menschen ließe sich unter diesen Verhältnissen von der Fläche eines Ackerfelds hektars erzielen.

Und je mehr man sich der intensiven Kultur zuwendet, um so weniger Arbeit erfordert die Produktion eines Hektoliters Getreides. Die Maschine erleichtert den Menschen bei den vorbereitenden Arbeiten, und man macht eine bezahlte Bodenbearbeitung, mit welcher die Trainsen oder das Besäen von Steinen arbeiten, welche die zukünftigen Ernten verdoppeln — ein für alle Male. Bisweilen gelangt man einzig durch eine tiefe Bestellung eines mittels mäßigen Bodens, ohne daß man im geringsten düngt, jeherlang zu ausgezeichneten Ernten. Man hat es so während zwanjg Jahren in der Nähe von London, in Rothamstead, gemacht.

Doch schreiben wir keinen Landwirtschaftlichen Roman. Weisen wir bei jeder Ernte von 40 Hektoliter keinen, die keinen exorbitanten Reichtum, sondern einfach eine rationale Landwirtschaft erfordert, und sehr wichtig, was bedeutet sie.

Die 300000 Menschen, welche die beiden Departements Seine und Seine-et-Oise bewohnen, konsumieren jährlich zu ihrer Ernährung etwas weniger als 8 Millionen Hektoliter Getreide. Nach dieser Annahme müßten sie diesen Bedarf erzeugen, aus den 610000 Hektaren, die sie besitzen, 200000 Hektolitern. Es ist offenbar, daß sie dieeligen nicht mit dem Spaten bestellen werden. Dies würde zwölf Zeit (nämlich 240 Tage à 5 Stunden

*) Aus „Die Eroberung des Brotes“, Verlag „Der Syndikalist“.

pro Hektar) erfordern. Sie werden statt dessen den Boden ein für alle Male verheeren, sie werden drainieren, was drainiert werden muß; applizieren, was appliziert werden muß; den Boden von seinen Säuren usw. Sollen diese vorbereitende Arbeit fünf Millionen Arbeitsstunden à 6 Stunden in Anspruch nehmen, so würde dies pro Hektar einen Durchschnitt von 25 Tagen ergeben.

Man würde also den Dampfischlupf anwenden, was vier Tage pro Hektar beantragt, und noch vier weitere Tage für die Bestellung mit dem gewöhnlichen Doppelschlupf hinzuzählen. Man würde auch nicht den ersten besten Samen nehmen, sondern man würde denselben zuerst durch das Dampfischlupf auslesen lassen. Man würde ihn auch nicht wie heute, in die vier Windrichtungen werfen, sondern ihn (durch die Driftmaschine) pflanzen lassen. Und bei alledem würde man noch keine 25 Arbeitstage, à 6 Stunden gerechnet, verausgaben haben, falls sich nur die Arbeit unter günstigen Bedingungen vollzieht. Möge man ruhig während drei oder vier Jahren diesen Methoden Arbeitstage für eine gemäßigtere Kultur verausgaben, man wird später dafür Ernten von 40 und 50 Hektoliter pro Hektar haben, ohne daß man dann mehr als die Hälfte jener Zeit auf die Bestellung verwendet.

Man wird also nur 15 Millionen Arbeitstage zu verausgaben haben, um jeder Bevölkerung von 300000 Einwohnern das Brot zu schaffen. Und die Art der Arbeit wird ebensicher eine bezahlte sein, daß sie jeder verrichten kann, auch wenn er über keine Maschinen von Stahl verfügt und nie vorher gearbeitet vertriebt hätte. Die Initiative und die allgemeine Verteilung der Arbeiten werden von denen ausgehen, welche die Bedürfnisse des Bodens kennen. Was die Arbeit selbst anbelangt, so gibt es keinen, der so benehrt wäre, daß er nicht nach einigen Stunden Vorarbeit die Maschinen zu bedienen oder seinen Teil der Arbeit leisten könnte.

Wenn man nun bedenkt, daß es in dem gegenwärtigen Chaos, ohne die Mühseligkeiten der „oberen“ Klassen zu rechnen, Hunderttausende, den verschiedensten Berufen angehörige Menschen gibt, die fast ständig arbeitslos sind, so sieht man, daß die Arbeitsetzt, die in unserer gegenwärtigen Organisation verloren geht, allein genügen würde, um bei einer rationalen Verteilung des Brotes für die drei oder vier Millionen Einwohner der beiden Departements zu schaffen.

Wir wiederholen, dies ist kein Roman. Wir haben noch nicht einmal von der wahrhaft intensiven Kultur gesprochen, die noch mehr überlegenere Resultate liefert. Wir haben unsere Rechnung nicht auf jene in drei Jahren durch den Fall gekommenen Getreidemengen aufgeschaut. Mittels der entsprechenden Vorarbeiten ergäbe es aus einem einzigen Getreideertrag einen Vorrat, dessen Maße mehr als 10000 Körner tragen. Bei derartigen Resultaten könnte man den Lebensunterhalt einer Familie von fünf Personen auf einen Raum von 100 Quadratmetern erhalten. Man hätte nur die Ernte zu ernten, die schon von jeder reichen Landwirten in Frankreich zu ernten, wenn man nicht erntet worden bliebe, und die sich, auf Grund der Erfahrungen und Kenntnisse, die man durch die vielfachen praktischen Versuche im großen gesammelt hat, morgen allgemein verwirklichen ließen.

Aber ohne die Revolution wird dies nicht geschehen. Und zwar: weil die Großgrund- und Kapitalbesitzer kein Interesse daran haben, sich zu bemühen, weil die Bauern, wenn sie nicht mehr arbeiten würden, weder das Wissen noch das Geld, noch die Zeit zu den ersten notwendigen Arbeiten besitzen.

Der moderne Intellektuelle

Der moderne Intellektuelle ist kein vornehmer Mühsäniger mehr, er ist ein eifrig schaffender Arbeiter geworden. In dem gegenwärtigen Erzieher unserer Tage sind ganze Systeme der feinsten, notwendigsten Räder ausschließlich von Intellektuellen gebildet. Die ganze komplizierte moderne Wirtschaftsmaschine steht fest, sobald dies System von Rädern ausgehört werden. Der Intellektuelle ist ein notwendiger Bestandteil der Wirtschaftsmaschine selbst geworden, und diese Tatsache hat den Intellektuellen des 20. Jahrhunderts weit über die Schriten des Intellektuellen des 18. Jahrhunderts hinausgehoben. Der Intellektuelle des 18. Jahrhunderts gründete seine Erntens umseit auf kaudaler Ausbeutung böiger Arbeiterkräfte. Die Einführung des Marquats und die Abkehr von harter Fronarbeit. Der Intellektuelle war auf das Engste an die Erhaltung unreiner Arbeit gebunden. Seine Erntens müßte ihm eigentlich zum einseitigen Fürsprecher der Reichen werden, zum ausgeprochenen Verteidiger der Interessen der Reichen werden. Der Intellektuelle des 20. Jahrhunderts dagegen schafft seinen Unterhalt nicht aus bezahlter Arbeit, er ist kein mühsamer Rentenernter. Ein harter Arbeiterstand erntet er sich selbst, und die Erntens müßte ihm eigentlich zum einseitigen Fürsprecher der Reichen werden, zum ausgeprochenen Verteidiger der Interessen der Reichen werden. Der Intellektuelle des 20. Jahrhunderts dagegen schafft seinen Unterhalt nicht aus bezahlter Arbeit, er ist kein mühsamer Rentenernter. Ein harter Arbeiterstand erntet er sich selbst, und die Erntens müßte ihm eigentlich zum einseitigen Fürsprecher der Reichen werden, zum ausgeprochenen Verteidiger der Interessen der Reichen werden. Der Intellektuelle des 20. Jahrhunderts dagegen schafft seinen Unterhalt nicht aus bezahlter Arbeit, er ist kein mühsamer Rentenernter. Ein harter Arbeiterstand erntet er sich selbst, und die Erntens müßte ihm eigentlich zum einseitigen Fürsprecher der Reichen werden, zum ausgeprochenen Verteidiger der Interessen der Reichen werden.

Zwei Momente deuten uns zugleich die im Wesen der Sache liegende Stellung der Intellektuellen zum Volkstumslauf der arbeitenden Klasse; das Wurzeln der Intellektuellen des 20. Jahrhunderts in der Welt der Arbeit und ihre Loslösung von den Interessen des Kapitals. Beide Momente machen die Intellektuellen zu natürlichen Verbündeten des Proletariats.

Paul Kampffmeyer.

Der abgebligte Lehrer

Ein nettes Gesichtchen, das den Vorzug hat, wahr zu sein, parkierte die Tage in einer Volksschule. Lehrer A., beurlaubtional durch und durch, hielt vor seiner Klasse, Jungens von 10 bis 12 Jahren, und will ihre politische Meinung — Radon, die der Vater — prüfen. Was die Brötchen für ein Ergebnis zutage fördert, verdient folgende Aufmerksamkeit zu werden.

Der Lehrer fragt: „Welche Väter gehören der Deutschnationalen Partei an?“ Aufstehen!

Fünf leiteten der Aufforderung Folge. Für die anderen erglitz sich folgendes Resultat: für Deutsche Volkspartei drei, für Zentrum zwei, für die übrigen Parteien indes dem Herrn Lehrer zu ernt, er zügelte sie gar nicht. Nun trat er eigenförmig am Ende mit seiner Meinung hervor, die den Schülern machte, ihn auf einen Augenblick aufmerksamer, der überhaupt noch nicht aufgefallen ist.

„Ahn, Herr“, sagt der Lehrer, „weißt du denn nicht, zu welcher Partei dein Vater gehört?“

„Mein das weiß ich nicht.“

„Aber das muß man doch wissen, wenn man lesen laßt ist wie du, wie andere wissen es doch. Du müßt wissen Partei fragen.“

„Herr Lehrer“, sagte der kleine Fritz, „welcher Partei gehören Sie denn?“

„Das geht dich nichts an, mein Junge“, antwortete der Lehrer.

„Sehen Sie, Herr Lehrer, das jagt mein Vater auch immer zu mir.“